

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

1848/49

Claudia C. Gatzka

DER ORT DES
REVOLUTIONÄREN IN DER
DEUTSCHEN GESCHICHTE

Mike Rapport

URSACHEN, ENTWICKLUNG
UND ERBE EINER
EUROPÄISCHEN REVOLUTION

Theo Jung

FRAGEN AN 1848/49

Kerstin Wolff

FRAUEN UND
DIE REVOLUTION

Heike Bungert

DEUTSCHE „FORTY-EIGHTERS“
IN DEN USA

Michael Parak

DEMOKRATIESTÄRKUNG
DURCH DEMOKRATIE-
GESCHICHTE?

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

1848/49

APuZ 7-9/2023

CLAUDIA C. GATZKA

DER ORT DES REVOLUTIONÄREN IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Zum 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49 stellt sich die Gretchenfrage der deutschen Demokratiegeschichte: Inwiefern kann und soll das Revolutionäre an 1848/49 überhaupt noch erinnert werden? Vermag sich die liberale Demokratie in die revolutionäre Tradition zu stellen?

Seite 04-09

MIKE RAPPORT

URSACHEN, ENTWICKLUNG UND ERBE EINER EUROPÄISCHEN REVOLUTION

1848 fand in den Staaten Europas eine Reihe miteinander verbundener Revolutionen statt, die mit Blick auf ihre Auslöser und Verläufe ganz ähnlichen Mustern folgten. Diese Kaskade von Revolutionen bildet ein Vermächtnis, das für Europa auch heute noch Lehren bereithält.

Seite 11-16

THEO JUNG

FRAGEN AN 1848/49

Die historische Forschung hat die Revolutionen von 1848/49 aus sich wandelnden Perspektiven betrachtet. Ein Überblick über die Entwicklungen der vergangenen 175 Jahre eröffnet eine neue Sicht auf die aktuellen Debatten – oder auch: auf deren Verstummen.

Seite 17-23

KERSTIN WOLFF

FRAUEN UND DIE REVOLUTION

Bis heute wird die Geschichte der Demokratie und damit auch der Revolution von 1848 häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt. Wo und wie waren Frauen 1848 an der Revolution beteiligt und an welchen konkreten Orten war weibliches Engagement zu finden?

Seite 24-30

HEIKE BUNGERT

DEUTSCHE „FORTY-EIGHTERS“ IN DEN USA

Die deutschen Achtundvierziger, die nach der Revolution in die USA auswanderten, waren eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Aufgrund ihres vielfältigen Engagements übten sie jedoch einen beträchtlichen Einfluss auf die USA und die deutschamerikanische Community aus.

Seite 31-38

MICHAEL PARAK

DEMOKRATIESTÄRKUNG DURCH DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte als Teil der historisch-politischen Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, Handlungsspielräume zu erkennen und damit die Demokratie zu stärken. Dies zeigen auch Beispiele aus dem Kontext der Revolution von 1848/49.

Seite 39-44

EDITORIAL

Ausgehend von Paris rollte 1848 eine revolutionäre Welle über Europa. Quer über den Kontinent forderten die Protagonisten des „Völkerfrühlings“ nationale Einheit, eine neue Herrschaftsordnung und bürgerliche Freiheiten. Die regierenden absoluten Monarchen lenkten zunächst ein, gewährten Liberalisierungen und ließen verfassungsgebende Versammlungen zu – im Deutschen Bund tagte die erste frei gewählte gesamtdeutsche Volksvertretung in der Frankfurter Paulskirche. Doch Uneinigkeit über die Dimensionen des politischen und sozialen Wandels sowie gegenläufige nationale Interessen bremsten die Veränderungsdynamik aus. Bis Herbst 1849 hatten die Fürsten, die die Kontrolle über das Militär behalten hatten, wieder die Oberhand gewonnen, und es folgte eine erneute Restauration.

Als „gescheiterte“ Revolution steht „1848/49“ im kollektiven Gedächtnis in vielen Ländern im Schatten anderer historischer Wegmarken. Dabei entfalteten die Ereignisse eine katalysierende Wirkung für die Demokratisierung der europäischen Gesellschaften, insbesondere auf die Entstehung der Arbeiter- und Frauenbewegung, der politischen Parteien und einer breiten politischen Öffentlichkeit. Der Grundrechtekatalog und die Verfassung, die das Paulskirchenparlament für ein geeintes Deutschland erarbeitet hatte, waren wegweisend für die republikanische Architektur von Weimar und Bonn.

Es ist diese demokratiehistorische Perspektive, die an der Schwelle zum 175. Jubiläum der Revolution von 1848 im öffentlichen Gedenken in Deutschland in den Mittelpunkt gerückt wird – in einer Zeit, in der die Demokratie vielerorts unter dem Druck populistischer Wahlerfolge und autokratischer Tendenzen steht und einmal mehr deutlich wird, dass auch etablierte Rechte und Freiheiten verteidigt und gegebenenfalls aufs Neue erkämpft werden müssen. Auch dafür steht die Revolution von 1848. Das Erbe von „1848/49“ reicht indes weit über diese Aspekte hinaus.

Anne-Sophie Friedel

1848/49 UND DER ORT DES REVOLUTIONÄREN IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Claudia C. Gatzka

Seit 2017 schwelt in der Bundesrepublik eine Debatte über Sinn und Wert der Frankfurter Paulskirche als ein symbolträchtiger Ort der deutschen Geschichte. Mit dem Plädoyer des Bundespräsidenten, die demokratischen Errungenschaften in dieser Geschichte stärker zu betonen und so eine positive Erzählung der Nation zu entwerfen, avanciert das Bauwerk aus dem frühen 19. Jahrhundert, das 1848/49 als Tagungsort des ersten frei gewählten nationalen Parlaments diente, zu einem geschichtspolitisch herausragenden „Gedenkort der Demokratie“.⁰¹ Die liberale Reichsverfassung und der Grundrechtskatalog, die die Abgeordneten hier erarbeiteten, blieben zwar Makulatur, weil die fürstlichen Regierungen der großen deutschen Einzelstaaten ihnen und alsbald auch ihren Schöpfern die Anerkennung verweigerten. Die Nationalversammlung blieb ohne Autorität, begann sich innerlich aufzulösen, floh schließlich aus Frankfurt und wurde 1849 in Stuttgart vom württembergischen Militär auseinandergejagt. Dennoch dienten ihre liberalen Grundsätze als Orientierung bei der allmählichen Demokratisierung der deutschen Gesellschaft – Bismarcks allgemeines Wahlrecht von 1867 etwa setzte um, was im Bundeswahlgesetz von 1848 angelegt worden war. Die liberale Verfassungsordnung der Bundesrepublik steht in der Tradition der Achtundvierziger, von denen viele später auf kommunalpolitischer Ebene, im Reichstag oder im Ausland fortführen, ihre liberalen und demokratischen Ideen zu verwirklichen.

Die Herausforderung, den Erfolg und das Vermächtnis, aber auch das Scheitern und die Enttäuschung der Achtundvierziger angemessen abzubilden, steht im Zentrum der hitzig geführten Debatte um die künftige Ausgestaltung der Frankfurter Paulskirche. Die Beteiligten streiten nicht nur darüber, wie der Bau nach der Sanierung aussehen soll, sondern auch über die symbolische Ausstattung der liberalen Demokratie

in Zeiten der nationalistischen Aneignung solcher Erinnerungsorte durch die AfD.⁰² Die vom „Zeit“-Mitherausgeber Benedikt Erenz ausgelöste Diskussion um die Rekonstruktion der Paulskirche im „authentischen“ Zustand von 1848 hat die Aufmerksamkeit des offiziellen Gedenkens noch mehr als ohnehin schon auf die Nationalversammlung gelenkt – als „Urzelle (...) der deutschen Demokratie“, wie Erenz meint.⁰³ Doch diese Zentrierung auf die Paulskirche im öffentlichen Gedenken an 1848 und ihre emphatische Gleichsetzung mit Demokratie verzerrt in nicht unerheblicher Hinsicht die historische Realität. Die Demokraten waren in Frankfurt nämlich eine Minderheit und bildeten die linke Opposition – die Mehrheit der Nationalversammlung, also die gemäßigten Liberalen und die konservativen Rechten, beriefen sich gar nicht auf die Volkssouveränität.⁰⁴

Das eigentlich Revolutionäre an 1848/49, nämlich die Märzereignisse, denen die Epoche des Vormärz ihren Namen verdankt, rückt so in den Hintergrund. Für viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen stand der März 1848, im Positiven oder im Negativen, nicht oder nicht nur für parlamentarische Politik, sondern für Volksversammlungen, für Umsturzversuche, für den Geschmack der Revolution. Das Paulskirchenparlament hingegen stand für die Einhegung der Revolution durch den Weg der Reform, und das hieß damals auch nachdrücklich: keine Republik, sondern eine konstitutionelle Monarchie – so wollte es die Mehrheit der Abgeordneten.

In der historischen Forschung ist deshalb die Frage gestellt worden, ob für Deutschland 1848 überhaupt von einer Revolution gesprochen werden kann.⁰⁵ Diese Frage zum Leitthema des öffentlichen Gedenkens zu machen, hätte einiges für sich. Man könnte sie abwandeln zu der Frage, inwiefern das Revolutionäre an 1848/49 im

Jahr 2023 überhaupt noch erinnert werden kann und soll, oder konkreter: ob und wie sich die liberale Demokratie in die revolutionäre Tradition zu stellen vermag. Das ist die Gretchenfrage der deutschen Demokratiegeschichte.

PROBLEME MIT DER REVOLUTION

Deutschland und die Revolution – das war, so eine vertraute Erzählung, noch nie eine besonders innige Beziehung. Die politische Ordnung mit Gewalt umzustürzen, Barrikaden zu bauen, Herrschaftssitze zu stürmen, Monarchen abzusetzen oder gar zu töten – diese Praktiken gemahnten an Frankreich, das seit der Revolution von 1789, der Ausrufung der Ersten Republik 1792 und schließlich der Besetzung deutscher Territorien unter Napoleon Bonaparte zum Feindbild und zum Gegenbild deutscher „Ruhe und Ordnung“ stilisiert werden konnte.⁰⁶ Das Revolutionäre – und damit verbunden auch die Republik – assoziierten Liberale und Konservative in aller Regel mit jakobinischer Diktatur, mit Terror, mit Unordnung, mit Anarchie, mit Bürgerkrieg und letztlich mit dem Prinzip der Usurpation, also der illegitimen Anmaßung von Macht durch wenig respektable Personen. Revolution und Republik, so das Schreckbild, überließen den Staat den minderbemittelten Schichten, den politisch schwankenden Massen und ihren mediokren, demagogischen Führungsfiguren – vom „tollen Jahr“

sprachen die konservativen Eliten deshalb rückblickend über 1848, als wären damals kurzzeitig die Irren aus den Anstalten ausgebrochen.⁰⁷

Zugrunde lag, nicht nur in Deutschland, ein Konzept von Politik, das diese mit Staatskunst gleichsetzte und als maßvolles, sachliches, vernunftgeleitetes Handeln ästhetisierte. Die Massen standen darin für das Andere, das Emotionale, das Unzurechnungsfähige, das „Unpolitische“. Konservative, aber auch liberale Politikkonzepte beruhten letztlich auf der Annahme, dass erst Besitz und Bildung in ihrer Verschränkung, und damit die emphatisch begriffene „Selbstständigkeit“, einen Bürger dazu befähigten, Staatsgeschäfte zu leiten und in politischen Sachfragen mitreden zu können. Die Debatten der Paulskirche brachten diese Politikkonzepte immer wieder zum Ausdruck. Sie negierten damit die politische Mündigkeit der Vielen, deren Petitionen und Barrikadenkämpfe erst die Bildung von Nationalversammlungen erzwungen hatten.⁰⁸ Hunderte von ihnen waren während der Märzunruhen für fundamentale Grundrechte wie die Presse- und Versammlungsfreiheit gestorben. Dass der „Mob“ sich vom preußischen Militär zusammenschließen ließ, schien, um es einmal zuzuspitzen, gewissermaßen der Ausweis seiner Unbesonnenheit.

Die Geschichtsschreibung hat ihren Teil dazu beigetragen, das Revolutionäre in der deutschen Geschichte vor allem als Bedrohung oder als Vabanquespiel zu begreifen. Wo der revolutionäre Wille 1848/49 zumindest rhetorisch gegeben war, nämlich in den Fraktionen links von den (gemäßigten) Liberalen, beobachtet die Geschichtsschreibung immer wieder auffällige Defizite. Zu „radikale“ Ziele, zu „kühne“ Konzeptionen von Volkssouveränität, eine zu unklare Haltung zur Gewalt und ein zu geringes Maß und Verantwortungsgefühl – das sind nur einige Negativurteile, die in der historischen Forschung stets aufs Neue wiederholt werden.⁰⁹ Man muss keine Revolutionsromantikerin sein, um den Eindruck zu gewinnen, dass eine ganz eigene Normativität wirksam wird, wenn es darum geht, Revolutionen und Revolutionsversuche in die deutsche Geschichte einzuordnen. Nicht wenige Historikerinnen und

01 Herfried Münkler, Gedenkort der Demokratie – Denkmale der Demokraten. Erwiderung auf Philipp Oswalt, in: Merkur 867/2021, S. 77–85; vgl. Frank-Walter Steinmeier, *Deutsch und frei*, 13. 3. 2019, www.zeit.de/2019/12/demokratie-nationalismus-tradition-gedenktage-geschichtsunterricht.

02 Vgl. u. a. Herfried Münkler/Hans Walter Hütter/Peter Cachola Schmal, *Der Paulskirche fehlt die Aura*, 25. 10. 2020, www.faz.net/17017139.html; Philipp Oswalt, *Bedarf die Paulskirche einer erinnerungspolitischen Revision?* Architekturkolumne, in: Merkur 864/2021, S. 64–70.

03 Benedikt Erenz, *Was wird aus der Paulskirche?*, 12. 10. 2017, www.zeit.de/2017/42/frankfurt-paulskirche-parlament-grundrechte-sanierung/komplettansicht.

04 Vgl. Christian Jansen, *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinie und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867*, Düsseldorf 2005², S. 14 ff.

05 Vgl. Manfred Hettling, *1848 – Illusion einer Revolution*, in: ders. (Hrsg.): *Revolution in Deutschland? 1789–1989*. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. 27–45.

06 Vgl. Thomas Lindenberger, *Ruhe und Ordnung*, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. II, München 2001, S. 469–484.

07 Vgl. den Beitrag von Theo Jung in diesem Heft.

08 Für Beispiele vgl. Wilhelm Ribhegge, *Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1998, S. 40, S. 87, S. 113 f.

09 Vgl. ebd., S. 85–91, insb. S. 91; Frank Eyck, *Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, München 1972, S. 364 f.

Historiker reproduzieren in ihren Großerzählungen und Überblicksdarstellungen schlichtweg die zeitgenössischen Einschätzungen konservativer und liberaler Revolutionsgegner.¹⁰

Für eine Belebung des öffentlichen Gedenkens an 1848/49 wäre es lohnenswert, auf der Basis hervorragender Spezialstudien, die zu diesem Thema vorgelegt worden sind,¹¹ das Revolutionäre in der deutschen Geschichte und seine zyklisch auftretenden Manifestationen zu beschreiben, zu erklären und zu ergründen. Dazu ist es notwendig, sich von der engen Fixierung auf die Gewaltbarkeit von Revolutionen zu lösen – nicht, um diese zu bestreiten, sondern um zu erforschen, was das Revolutionäre darüber hinaus ausmachte und warum es bei allem Bedrohlichen, das von ihm ausging, Teil der deutschen Geschichte war. Auf diese Weise erst lassen sich die Ereignisse von 1848/49 in ihrer ganzen Komplexität verständlich machen. Und nur so lassen sich Beteiligte außerhalb der Frankfurter Paulskirche erfassen, die im Fokus auf die Nationalversammlung und ihr wichtiges Verfassungswerk außen vor bleiben.

ORTE UND PRAKTIKEN DES REVOLUTIONÄREN 1848/49

Die symbolische Kraft der Paulskirche verleitet manche Beobachtenden dazu, die Metropole am Main zur „Gründungsstätte der Demokratie“ zu erklären, wobei auch nicht der Vergleich mit Philadelphia gescheut wird.¹² Sicherlich verfügte Frankfurt als Freie Stadt im Deutschen Bund, neben Lübeck, Hamburg und Bremen, über republikanische Traditionen und ein starkes liberales Bürgertum. Doch was Frankfurt als Standort der Nationalversammlung empfahl, war auch der schlechte Umstand, dass es seit 1815 Tagungsort des Deutschen Bundes war, genauer der Bundesversammlung der deutschen Fürsten und Stadt-

staaten. Insofern war das Finanzzentrum am Main, das schon damals die wichtigsten deutschen Bankhäuser beheimatete, nicht nur eine Hochburg der Liberalen, sondern auch Treffpunkt konservativer Regierungseliten, der deutschen Fürsten und Monarchen und ihrer höheren Beamten, die nicht zuletzt mit den Frankfurter Bankiers Kredite für ihre Staats- und Hoffinanzen aushandeln mussten.

Frankfurt war mithin nicht das Zentrum der Revolution, sondern zunächst einmal der Ort, wo seit der Gründung des Deutschen Bundes 1815 Bundespolitik gemacht wurde und wo deshalb auch eine Nationalversammlung gut aufgehoben schien. Die Deutsche Nationalversammlung aber war das Produkt revolutionärer Ereignisse, die im Frühjahr 1848 an vielen verschiedenen Orten des Deutschen Bundes und ganz Europas stattgefunden hatten und auch nach dem Zusammenreten der Nationalversammlung latent blieben. Sie äußerten sich in unzähligen Volksversammlungen, die nicht gewaltförmig abliefen, sowie in gewalttätigen Konfrontationen zwischen „Volk“ und Militär. Charakteristisch für diese revolutionäre Atmosphäre war ihre Dezentralität. Die Revolution auf deutschem Boden hatte diverse Zeiten und diverse Räume, die nur in Lokalgeschichten einzufangen sind. Tatsächlich wird man dieser Dezentralität der Geschehnisse in Deutschland am ehesten gerecht, wenn man 1848/49 als ein Zeitfenster begrift, in dem die Revolution im Sinne eines Umbruchs der politischen Herrschaftsordnung, für manche Beteiligten verbunden mit Hoffnungen auf eine soziale Revolution, ein mögliches Szenario war, das die Handlungsweisen vor Ort konditionierte.

Genau genommen begann das Ereignis 1848 schon 1847, und zwar in der badischen Stadt Offenburg. Männer der Stadt hatten sich am 12. September in einem Festsaal zusammengefunden und 13 Forderungen formuliert, die sie im Namen „des Volkes in Baden“ an die Staatsregierung in Karlsruhe richteten. Darin beklagten sie die Verletzung der Landesverfassung durch die Staatsregierung und verlangten Pressefreiheit, Gewissensfreiheit und die Verteidigung des badischen Militärs auf die Verfassung. Zudem verurteilten sie die Bevormundung der Bürger durch die Polizei und die Störung des Vereinsrechts, der Versammlungsfreiheit und der Freiheit des Verkehrs durch dieselbe. Schließlich forderten sie „Vertretung des Volks beim deutschen Bunde“ und eine „volksthümliche Wehrverfassung“, also eine allgemeine Wehrpflicht, um die hohe finanzielle Last der stehenden Heere nicht

¹⁰ Invektiven gegen die Revolution finden sich prominent bei Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre*, München 2020.

¹¹ Vgl. Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997 (für eine neue gekürzte Fassung vgl. ders., 1848. *Revolution in Berlin*, Berlin 2022); Christof Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.), *1848. Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M. 1998; Christian Jansen/Thomas Mergel (Hrsg.), *Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung, Verarbeitung, Deutung*, Göttingen 1998.

¹² Peter Badenhop, *Philadelphia, Wiege der Freiheit*, 5.4.2015, www.faz.net/13513109.html. Vgl. auch Matthias Trautsch, *Viertägiges Fest in der „Hauptstadt der Demokratie“*, 6.9.2022, www.faz.net/18297010.html.



Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen in Berlin Friedrichshain am 4. Juni 1848, zeitgenössische Lithografie

Quelle: picture alliance / akg-images

länger tragen zu müssen. Auch verlangten sie eine „volkstümliche Staatsverwaltung“. Beides lief auf eine Demokratisierung in sozialer Hinsicht hinaus, denn Militär und Staatsverwaltung lagen vorwiegend in der Hand der Aristokratie. Entsprechend forderten sie die „Abschaffung aller Vorrechte“ und die „Selbstregierung des Volkes“ anstelle der „Vielregierung der Beamten“.¹³ Im Februar 1848 sollte eine Mannheimer Volksversammlung, die sich auf die Nachrichten über revolutionäre Unruhen in Paris hin zusammenfand, eine Petition ähnlichen Inhalts verabschieden und damit die eigentliche Märzrevolution in Deutschland auslösen.

Die Märzrevolution hatte ihr Zentrum in Berlin.¹⁴ Hier konstituierte sich nicht nur eine eigene „Nationalversammlung“, die Preußische, analog

zur Österreichischen in Wien. Vor allem war die preußische Hauptstadt ein zentraler Schauplatz der Konfrontationen zwischen „Volk“ und Militär. Die männlichen und weiblichen Todesopfer auch unter den Zuschauenden führten unmittelbar nach den Berliner Barrikadenkämpfen vom 18. März 1848 zu einem lokal einmütigen Gedenken – die Stadt als Miniatur der Nation schien sich an den Gräbern der zivilen wie der militärischen Gefallenen zu vereinen. Beinahe wären die Toten beider Seiten gemeinsam bestattet worden, doch die Offiziere rückten „ihre“ Gefallenen nicht heraus. Der Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain stellt bis heute einen Gedenkort dar, der an die soziale und auch geschlechtliche Diversität der revolutionären Akteure von 1848 erinnert. Wer sich seit März 1848 auf den Straßen als „Volk“ präsentierte, waren häufig Handwerker und kleine Selbstständige, vor allem auch junge Menschen, Gesellen und Lehrlinge, aber auch Anwälte oder Lehrer, auf dem Land abhängige Bauern, für die es auch um persönliche Freiheit und Emanzipation von ihren

13 Die Forderungen des Volkes, Offenburg, 12. September 1847, abgedruckt in: Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen*, Berlin–Heidelberg 1998, S. 6.

14 Vgl. Hachtmann 1997 (Anm. 11).

Herren ging. Frauen unterstützten die revolutionären Akteure auf diverse Weisen und nahmen auch selbst an so manchem „Kampf“ teil. Die Straßen und die lokale Öffentlichkeit gestanden ihnen aktivere Rollen zu als das Paulskirchenparlament, wo sie nur auf den Rängen Platz nehmen durften.¹⁵

POLITISIERUNG DES ALLTAGSLEBENS

Das Revolutionäre zeigte sich in der Politik der Straße als Komplement zur Politik des Parlaments.¹⁶ Sie stand in einem dialektischen Verhältnis zu den Landtagen und Nationalversammlungen, das heißt, sie forderte parlamentarische Vertretung ein und kommentierte diese kritisch. Sie war ein Hebel direkter Demokratie dergestalt, dass sich konkrete Forderungen und Unzufriedenheit mit den Regierungen oder den Entscheidungen der Parlamente in organisierten Volksversammlungen – als Manifestationen des „Volkswillens“ oder in Petitionen¹⁷ – artikulierten oder aber sich in spontanen Volksaufständen entluden, wie im Falle der Septemberunruhen 1848 in Frankfurt anlässlich der Billigung des Waffenstillstands im preußisch-dänischen Krieg durch die Mehrheit der Abgeordneten. Hier entfesselte sich der Volkszorn, den Konservative und Liberale fürchteten, durch tödliche Angriffe auf adlige Abgeordnete der rechtsliberalen Fraktion der Nationalversammlung – und dahinter stand nicht nur Nationalismus, sondern auch Unmut darüber, dass ein Ende der Kampfhandlungen im auswärtigen Krieg die Kräfte des preußischen Militärs freisetzen würde, um fortan wieder gegen Aufständische im Inland einsetzbar zu sein.

Solche Gewaltphänomene machten jedoch nicht den Kern des Revolutionären aus. Die historische Forschung hat die europäischen Revolutionen von 1848/49 vielmehr als Kommunikationsereignisse und Politisierungsmomente gefasst, die auf die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten verweisen.¹⁸ Demnach war das revolutionäre

Zeitfenster durch eine kurzweilige Blüte der politischen Öffentlichkeit gekennzeichnet, sichtbar in der Gründung von Zeitungen und Zeitschriften, der Gründung politischer Clubs, Vereine, Berufsverbände und mithin lokaler Organisationsformen, die als Vorformen moderner politischer Parteien, Gewerkschaften und Verbände zu begreifen sind. „Die Revolution machte Demokratie das erste Mal erfahrbar“, hat der Historiker Rüdiger Hachtmann mit Blick auf den blühenden politischen Meinungsmarkt Berlins im revolutionären Moment zwischen März und November 1848 festgehalten.¹⁹ Entscheidend war die Vielfalt und Konkurrenz der Meinungen. Denn in der Latenzphase der Revolution ergriff die Politisierung auch ihre Gegner, die wiederum in unterschiedlichen Schattierungen auftraten. Im Rheinland gründete die monarchische Partei im Juni 1849 eine Zeitung, die konservative Stimmen in der regionalen Öffentlichkeit vertreten sollte. Der zugrundeliegende Aufruf an die Bevölkerung in Elberfeld (heute Wuppertal) und Barmen illustriert die Argumentation der Revolutions- und Republikgegner, die zugleich aber die Verfassung begrüßten: Der überwiegende Teil der Bewohner, die dem König treu ergeben seien und „die konstitutionelle Monarchie mit Freiheit, Ordnung und Gesetz ebenso entschieden wollen, als sie der Republik mit Gewaltherrschaft, Unordnung und Anarchie abhold sind“, hätten noch kein Organ, das ihre Interessen vertrete, weil die Zeitungspressen in der preußischen Rheinprovinz nur die revolutionären oder die ultramontanen, also die Interessen der katholischen Kirche, bediene.²⁰ So gesehen war die Revolution auch ein Hebel für die Organisation und Artikulation gegenrevolutionärer Haltungen. Insofern steht 1848 nicht nur im Parlament, sondern auch im Alltagsleben für die erste mitreißende Erfahrung eines politischen Pluralismus, wie er in der deutschen Geschichte immer wieder vermisst wird.

Akzentuiert man diese fundamentalen Aspekte revolutionärer Ereignisse – die zivile Mobilisierung, der öffentliche Austausch von Meinungen, die Straßenpolitik, die Massenpartizipation und die Kommunikation mit den Autoritäten –, dann erscheint das Revolutionäre nicht als Marginalie oder gar als beschämende, weil gewaltförmige

15 Vgl. Carola Lipp (Hrsg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Baden-Baden 1986.

16 Vgl. Manfred Gailus, *Die Revolution von 1848 als „Politik der Straße“*, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 1021–1044.

17 Vgl. Michael Wettengel, *Revolution und Petitionen in Ulm von 1848/49*, Stuttgart 2022.

18 Vgl. Hettling (Anm. 5), S. 29.

19 Hachtmann 1997 (Anm. 11), S. 13.

20 Zit. nach Klaus Goebel/Manfred Wichelhaus (Hrsg.), *Aufstand der Bürger. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum, Wuppertal 1974*², S. 35.

ge Facette der deutschen Demokratiegeschichte, sondern als ihr Herzstück: Sie stellen Ausnahmezustände dar, die sich durch eine starke Politisierung des Alltagslebens und die intensive Kommunikation mit den politischen Autoritäten in den Parlamenten wie in den Regierungen auszeichnen.²¹ Revolutionäre Phasen dezentrierten damit die Politik und erlauben es der historischen Forschung, das Politische jenseits des Staates zu verorten. Sie verweisen darauf, dass die Idee der Volkssouveränität von außen, oder wenn man will: „von unten“, an politische Institutionen herangetragen wurde und sich in enger Kommunikation mit ihnen ihren Weg in die Verfassungen moderner Demokratien bahnte.

Als solche verweisen revolutionäre Phasen auf eine geteilte europäische Geschichte. Die historische Forschung hat insbesondere 1848/49 als wahrhaft europäisches Medien- und Kommunikationsereignis markiert, ja als einen europäischen Dominoeffekt, der auf der intensiven Beobachtung der Straßenpolitik über staatliche Grenzen beruhte. Das Frühjahr 1848 markiert so den Beginn einer Geschichte grenzüberschreitender politischer Öffentlichkeit in Europa, die im Moment der Revolution zu einer transnationalen Öffentlichkeit zusammenschmelzen schien.²² Insofern könnte 1848/49 eigentlich zum europäischen Erinnerungsort erster Güte werden, zumal im Rahmen der EU-Grenzen von 2023. Denn während nicht nur Frankreich oder Italien, sondern auch das geteilte Polen, Ungarn und andere Teile Osteuropas Schauplätze der revolutionären Bewegung wurden, begnügte sich die Öffentlichkeit in der parlamentarischen Monarchie Großbritanniens 1848/49 darauf, die Geschehnisse auf dem europäischen Kontinent aus der Ferne zu beobachten.

Intensive europäische Kommunikation und Nationalismus schlossen sich nicht aus. Gerade die graswurzelartig wachsende Demokratiebewegung von 1848/49 und die sie vertretende parlamentarische Linke sind als unnachgiebige Verfechter des Nationalstaats gekennzeichnet worden, die so auch die Nationalitätenkonflikte heraufbeschworen, die das künftige Europa prägen soll-

ten. Man darf allerdings nicht vergessen, dass die Vorstellung der Nation für die Demokraten von 1848/49 ein Hebel war, um sich gegenüber Fürsten und Obrigkeiten Legitimität und politische Handlungsmacht zuzuweisen und möglichst viele Mitstreitende „im Volk“ zu mobilisieren. Nachdem ihre revolutionären Ambitionen gescheitert waren, mussten viele von ihnen der Nation den Rücken kehren, um der politischen Verfolgung durch den Staat zu entkommen. Sie emigrierten zahlreich in die USA, wo sie ihr Engagement für Demokratie und Grundrechte häufig fortsetzten – etwa auch im Kampf gegen die Sklaverei. Eine Gedenkkultur, die auch solche Migrationsgeschichten berücksichtigt, könnte das Demokratische in der deutschen Geschichte auch dort würdigen und feiern, wo es früher erfolgreich war als in Deutschland selbst: nämlich außerhalb der nationalen Grenzen.

SCHLUSS

Die erste Deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wird 175 Jahre nach ihrem Zusammentreten das nationale Gedenken an 1848/49 bestimmen. Ihr Symbolwert für den ersehnten Nationalstaat, für die Fragilität der Freiheit, für liberale Grund- und Menschenrechte sowie für den Parlamentarismus ist unbestritten. Als Gedenkort der Demokratie bildet sie jedoch nur einen Teil der Nation ab: respektable Männer, die damals bekannt genug waren, um gewählt zu werden. Auch einige Juden waren unter ihnen. Das Gros der Menschen jedoch, die in den vielen kleinen Märzrevolutionen in Deutschland und Europa den deutschen Fürsten die Presse- und Versammlungsfreiheit abgerungen hatten und die sich auch nach den Wahlen zur Nationalversammlung weiterhin öffentlich versammelten und organisierten, um ihre politischen Forderungen zu artikulieren und die Bestimmungen der Reichsverfassung vor Ort Wirklichkeit werden zu lassen, sind in der Paulskirche nur unzulänglich repräsentiert. Erst eine Barrikade würde das gesamte Deutschland am Gedenkort der Demokratie sichtbar machen – und die Toten beider Seiten, deren Namen vergessen sind.

CLAUDIA C. GATZKA

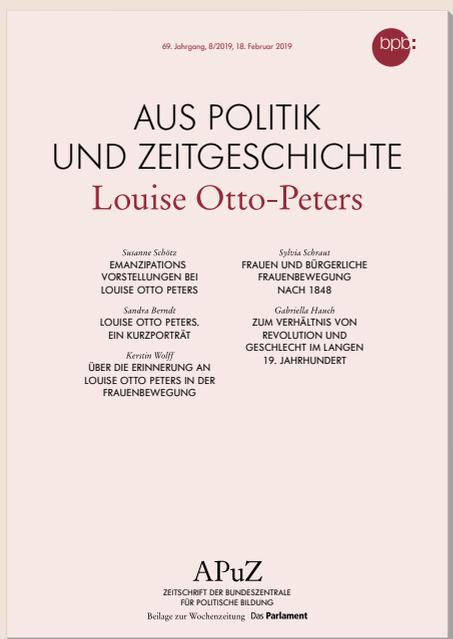
ist promovierte Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

claudia.gatzka@geschichte.uni-freiburg.de

²¹ Vgl. Dieter Langewiesche, *Kommunikationsraum Europa: Revolution und Gegenrevolution*, in: ders. (Anm. 13), S. 11–35.

²² Vgl. ebd., S. 22–24; Dowe/Haupt/Langewiesche (Anm. 16); Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Revolution in Deutschland und Europa 1848–1849*, Göttingen 1998; Klaus Ries (Hrsg.), *Europa im Vormärz. Eine transnationale Spurensuche*, Ostfildern 2016.

Zum Weiterlesen.



2019

Bestell-Nr. 71908



2022

Bestell-Nr. 10813



2022

Bestell-Nr. 10786



1848/49

Ursachen, Entwicklung und Erbe einer europäischen Revolution

Mike Rapport

1848 und 1849 erschütterten Revolutionen und Proteste ganz Europa, von Paris bis Krakau, von Kopenhagen bis Palermo.⁰¹ So gut wie alle Länder waren betroffen: Selbst in Staaten, in denen keine Revolution ausbrach, wie etwa in Großbritannien, Schweden und Norwegen, wurde bei Demonstrationen und Protesten auf politische Veränderungen gedrängt. Die Revolutionäre waren meist Liberale, die eine repräsentative Regierung forderten und für Bürgerrechte, nationale Unabhängigkeit und Einheit eintraten. Ende 1849 waren die Revolutionen überall niedergeschlagen, in den meisten Ländern hatten die ursprünglichen Herrscher ihre vorübergehend verlorene Macht wiedererlangt. Doch in der Folgezeit erhielten viele europäische Gesellschaften eine liberalere, sogar demokratische Ordnung, nationale Einheit und Unabhängigkeit sowie bessere Lebensbedingungen für Arbeiter und Bauern.

Dass in einem so kurzen Zeitraum so viele Länder in fast jedem Winkel des Kontinents betroffen waren, wirft die Frage auf, inwieweit man 1848/49 weniger als Häufung nationaler Revolutionen betrachten sollte, sondern vielmehr als eine europäische Revolution. Dies führt wiederum zu der noch größeren Frage, ob die europäische Vergangenheit eine gemeinsame, geteilte Erfahrung ist oder ob jedes Land seine eigene Geschichte hat, eine nationale Vergangenheit mit einzigartigen Erfahrungen. Unabhängig davon, wie man die Ereignisse betrachtet, bleibt die Tatsache, dass 1848 eine Reihe miteinander verbundener Revolutionen stattfand, die – wie sich anhand ihrer Entstehung und ihres Verlaufs zeigt – ganz ähnlichen Mustern folgten. Damit bildet diese Kaskade von Revolutionen ein Vermächtnis, das für Europa auch heute noch Lehren bereithält.

URSACHEN

Unabhängig von ihren jeweils eigenen Merkmalen lassen sich bei den Revolutionen von 1848

in ganz Europa die gleichen lang- und kurzfristigen Ursachen erkennen. Zu ersteren gehörten die Einschränkungen, die die konservative Ordnung in Europa mit sich brachte, das wachsende Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft, das Erstarken der politischen Opposition sowie soziale und wirtschaftliche Veränderungen.

Nach dem Sieg über Napoleon 1815 hatten sich die konservativen Kräfte in Europa bemüht, den allgemeinen Frieden zu wahren und gleichzeitig den revolutionären Herausforderungen des Liberalismus und Nationalismus entgegenzutreten. Monarchien waren wiederhergestellt worden, so auch in Frankreich; Polen war zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt worden; das immer noch geteilte Italien war unter habsburgische Herrschaft gekommen; die 39 deutschen Einzelstaaten hatten sich im Deutschen Bund unter der Hegemonie Preußens und Österreichs neu geordnet; Belgien war Teil der Vereinigten Niederlande geworden und Norwegen an Schweden gegangen, dessen König fortan beide Länder in Personalunion regierte. Diese neue europäische Ordnung umfasste sowohl absolutistische als auch konstitutionelle Monarchien: Die konservativen Kräfte, die von den Erfahrungen mit der Französischen Revolution und Napoleon traumatisiert waren, legten vor allem Wert darauf, radikale und revolutionäre Veränderungen zu verhindern, weil sie befürchteten, dass die daraus resultierende Instabilität ganz Europa erfassen könnte. Tatsächlich besaß diese konservative Ordnung sogar eine gewisse Flexibilität: Sie überstand eine erste Revolutionswelle in den frühen 1830er Jahren, bei der in Frankreich eine Monarchie durch eine andere ersetzt wurde, Belgien seine Unabhängigkeit errang und Griechenland sich nach fast zehn Jahren Krieg aus dem Osmanischen Reich lösen konnte. Gleichzeitig wurden Revolutionen in

Italien und Polen niedergeschlagen. Die konservative Ordnung hatte jedoch auch ihre Grenzen, wie ihre repressive Natur zeigt: In ganz Europa bestanden strenge Zensurvorschriften und Einschränkungen für politische Aktivitäten. Das liberale Streben nach einer Verfassung, nach größeren politischen Freiheiten und nach nationaler Unabhängigkeit und Einheit wurde unterdrückt.

Eine weitere langfristige und weitgehend europäische Ursache der Revolutionen von 1848 war das Wachstum der Zivilgesellschaft, angetrieben von den Forderungen einer immer größer werdenden Öffentlichkeit, die sich aus der gebildeten Mittelschicht zusammensetzte, aber auch aus Handwerkern und Arbeitern mit Zugang zu Kultur in Form von Zeitungen, Büchern, Theater, Oper, Kultur- und Sportvereinen sowie wissenschaftlichen Gesellschaften. Diese kritische Öffentlichkeit war zunehmend frustriert über die strenge Zensur, den Mangel an politischer Freiheit und die fehlende Möglichkeit, ihrem überbordenden Patriotismus Ausdruck zu verleihen. Aus diesen Missständen nährte sich die Opposition. Den meisten Liberalen wäre es vermutlich lieber gewesen, ihre konstitutionellen Ziele mittels friedlicher Reformen zu erreichen, andere waren jedoch auch zu radikaleren Aktionen bereit, vor allem, wenn legale, friedliche Maßnahmen durch die Regierung beschnitten wurden.

01 Vgl. im Folgenden z.B. Christopher Clark, *Revolutionary Spring. Fighting for a New World 1848–1849*, London 2023 (i. E.); István Deák, *The Lawful Revolution. Louis Kossuth and the Hungarians, 1848–1849*, New York 1979; Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998; Georges Duveau, *1848: The Making of a Revolution*, London 1967; Sabine Freitag, *Friedrich Hecker. Two Lives for Liberty*, St. Louis 2006; Paul Ginsborg, *Daniele Manin and the Venetian Revolution of 1848–49*, Cambridge 1979; Axel Körner (Hrsg.), *1848: A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848*, Basingstoke, 2000; Douglas Moggath/Gareth Stedman Jones (Hrsg.), *The 1848 Revolutions and European Political Thought*, Cambridge, 2018; Karen Offen, *Women and the Question of „Universal“ Suffrage in 1848: A Transatlantic Comparison of Suffragist Rhetoric*, in: *National Women's Studies Association Journal* 11/1999, S. 150–77; Mike Rapport, *1848. Revolution in Europa*, Darmstadt 2011; Stefano Recchia/Nadia Urbinati (Hrsg.), *A Cosmopolitanism of Nations: Giuseppe Mazzini's Writings on Democracy, Nation-Building and International Relations*, Princeton 2009; Lucy Riall, *Garibaldi. Invention of a Hero*, New Haven 2007; Jonathan Sperber, *The European Revolutions, 1848–1851*, Cambridge 2005; Wolfram Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt/M. 1985.

So sah etwa Giuseppe Mazzini in Italien, wo abweichende Meinungen unterdrückt wurden, keine andere Möglichkeit als den Aufstand, weshalb er 1831 die Organisation *La Giovine Italia* (Junges Italien) gründete, die sich der Revolution und dem Kampf für eine freie italienische Republik verschrieb.

Die sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche, die sich hauptsächlich in Form von Armut auf dem Land und in den Städten manifestierten, waren ein weiterer langfristiger Auslöser der Revolution. Das Elend war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung in Ost- und Mitteleuropa seit Mitte des 18. Jahrhunderts stark angestiegen war, es aber kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gab, das ihnen Arbeit ermöglicht hätte, um sich zu ernähren. Das verarbeitende Gewerbe profitierte von der Nutzung der Kohle und Dampfmaschinen und neuen, kostengünstigen Produktionsformen. Doch vor 1850 überstieg die Produktion von Industriegütern die Kaufkraft der europäischen Verbraucher, sodass die Wirtschaft starke Auf- und Abschwünge durchlief. Diese Rezessionen zogen Mitte bis Ende der 1840er Jahre eine katastrophal hohe Arbeitslosigkeit nach sich. Eine weitere Folge war der Ruin vieler traditioneller, in kleinem Maßstab produzierender Betriebe und Handwerker. Die verarbeitende Industrie bot zwar höhere Einkommen als die Landwirtschaft, doch in den Städten mangelte es an Wohnraum und Infrastruktur, um die wachsende städtische Bevölkerung zu versorgen. In den 1840er Jahren schien die Kapazität der Landwirtschaft, die wachsende Bevölkerung zu ernähren, in vielen Teilen Europas an ihre Grenzen zu stoßen. Ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung lebte in Elend und bitterer Armut. Entsprechend begannen einige radikale Denker, nicht nur über neue Verfassungen, sondern auch über weitreichende soziale Veränderungen durch Reformen oder Revolutionen nachzudenken. Ihre Ideen für mehr wirtschaftliche Gleichheit wurden als „sozialistisch“ bezeichnet, weil sie der Lösung der „sozialen Frage“ und der Bekämpfung der Armut Vorrang vor dem Streben nach politischen Rechten, Verfassungen und Demokratie einräumten.

Zu den kurzfristigen Ursachen der Revolutionen von 1848 zählt vor allem die soziale Krise Mitte der 1840er Jahre. Nicht umsonst gingen diese Jahre als „Hungerjahre“ oder im Englischen als *hungry forties* in die Geschichte ein: Die Hun-

gersnot war die Folge der gravierendsten Wirtschaftskrise des 19. Jahrhunderts. Eine Pilzkrankung vernichtete die Kartoffelernten in Europa, indem sie die Kartoffeln, ein Grundnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, ungenießbar machte. In Irland kam es zu einer furchtbaren Hungersnot, doch die Auswirkungen der Kartoffelfäule waren auch in anderen Ländern zu spüren und wurden 1846 noch zusätzlich durch den Ausfall der Weizen- und Roggenernten verschärft. Die Todeszahlen stiegen, und es kam zu Unruhen. Vor allem im Deutschen Bund protestierten die Armen bei sogenannten Hungermärschen. Mit den steigenden Lebensmittelpreisen brach das verarbeitende Gewerbe in Europa zusammen, da sich die Menschen den Kauf von Industriegütern nicht mehr leisten konnten. Unternehmen mussten schließen, Arbeiter und Handwerker wurden entlassen und die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an. Die massive Krise offenbarte, dass die konservativen Kräfte kaum in der Lage und auch nicht sonderlich bereit waren, etwas gegen die Probleme zu unternehmen. Zudem waren die Regierungen in politischer wie militärischer Hinsicht geschwächt, weil aufgrund der Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen wegbrachen. Die liberale Opposition nutzte ihre Chance und drängte energisch auf politische Reformen, wobei viele immer noch hofften, einen gewaltsamen Zusammenstoß mit der Obrigkeit zu vermeiden. Doch die Regierungen waren nur selten zu Zugeständnissen bereit, weil sie fürchteten, dass politische Veränderungen im Chaos enden würden.

VERLAUF

Trotz der individuellen Entwicklung in den einzelnen Ländern kamen die Revolutionen von 1848/49 unter ähnlichen Umständen zustande und bildeten aufgrund ihrer Verbindungen untereinander eine revolutionäre Kaskade. Sie erfolgten in einem relativ kurzen Zeitraum und nahmen einen weitgehend ähnlichen Verlauf: Auf die Entwicklung revolutionärer Situationen folgten Liberalisierung, dann Polarisierung, dann Reaktion und nach einem radikalen Wiederaufleben schließlich die endgültige Niederlage.

Revolutionäre Situation

Jede Revolution in Europa entstand zunächst aus einer revolutionären Situation heraus. Da-

mit meine ich das Zusammentreffen von Faktoren, die eine potenziell transformative Konfrontation zwischen Obrigkeit und Opposition wahrscheinlich machten. 1848 waren diese Faktoren die soziale Krise, die Unfähigkeit der konservativen Regime, ihr zu begegnen, der Zusammenbruch des Vertrauens in die alte Ordnung, die Mobilisierung der liberalen Gegner und die Weigerung der Regierungen, rechtzeitig Zugeständnisse zu machen. Die soziale und wirtschaftliche Notlage sorgte dafür, dass Angehörige der Arbeiterklasse auf die Straße gingen, um den Forderungen nach einer verantwortungsvolleren Regierung und nach einer Verfassungsänderung Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus konnten sich Nachrichten über eine Revolution mithilfe der Eisenbahn und des wachsenden europäischen Schienennetzes, der Dampfschiffahrt auf Flüssen und entlang der Küsten und der zunehmenden Zahl von Zeitungen schnell verbreiten und den Menschen auch in anderen Ländern vor Augen führen, dass ein Wandel möglich war.

Die ersten Revolutionen fanden im Januar und Februar 1848 in Süd- und Mittelitalien statt. Von besonderer Wirkung waren jedoch der Sturz der französischen Monarchie und die Ausrufung der Zweiten Republik in Paris am 24. Februar sowie die Absetzung Metternichs als Staatskanzler in Wien am 13. März, da sie weitere Proteste in anderen Ländern nach sich zogen. Paris war allein schon aufgrund der inspirierenden Erinnerungen an die Revolution von 1789 wichtig. Wien war entscheidend, weil Metternich als maßgeblicher Architekt der konservativen politischen Ordnung galt. Wenn in Wien, der Hauptstadt eines multinationalen Reiches mitten in Europa, ein politischer Wandel in Gang kam, dann musste er auch in anderen Ländern möglich sein. Durch die Revolution in Wien schien auch wieder ein neues, geeintes deutsches Reich möglich. Während revolutionäre Situationen in den deutschen Mittelstaaten häufig durch Ereignisse in Paris ausgelöst wurden, war es in Preußen die Nachricht vom Umsturz in Wien, die den politischen Druck in Berlin erhöhte, bis er sich schließlich am 18. März in einer Revolution entlud.

Der endgültige Auslöser in einer revolutionären Situation war in der Regel ein konkreter Vorfall, etwa in Paris eine von nervösen Soldaten abgefeuerte Salve, ebenfalls in Paris, aber auch

in Berlin, ein von einem Kavalleriepferd niedgerittener Demonstrant, in Neapel und Venedig die Verhaftung oder tatsächlich auch die Freilassung populärer Oppositionsführer oder in Wien ein Befehl an bedrängte Truppen, gegen Protestierende vorzugehen. Liberale aus der Mittelschicht sahen sich dann oft von einer Flut des Volkszorns mitgerissen, wenn ausgehungerte Arbeiter zu den Waffen griffen, Barrikaden errichteten und sich den Regierungstruppen widersetzen.

Liberalisierung

Darauf folgte eine hoffnungsvolle Phase, der sogenannte Völkerfrühling, in dem die überrumpelten Monarchen liberale Minister ernannten, Verfassungen, politische Rechte und Freiheiten versprachen und die nationale Freiheit und Einheit in Aussicht stellten. Die Leibeigenschaft wurde, wo sie noch existierte, abgeschafft – so in Teilen des Habsburgerreiches, etwa in Ungarn und Galizien in der heutigen Westukraine. Dieser „Völkerfrühling“ war jedoch nur von kurzer Dauer und verlief nicht ohne Konflikte. Unter den Revolutionären kam es zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über die politische Ordnung, die sie schaffen wollten, und über die Bewältigung der sozialen Krise.

Polarisierung

Das dritte Merkmal der Revolutionen von 1848 ist daher die Zerstrittenheit der Revolutionäre, die sich über das Ausmaß des demokratischen Wandels und der sozialen Reformen uneinig waren und auch in der Frage der nationalen Bestrebungen unterschiedliche Haltungen vertraten. Diese Polarisierung wurde von den Monarchen und Konservativen rücksichtslos ausgenutzt, um die ersten Errungenschaften der Revolutionen wieder rückgängig zu machen. Die meisten Liberalen waren Anhänger der konstitutionellen Monarchie und neigten dazu, nur denjenigen, die über Eigentum, einen Beruf oder eine Ausbildung verfügten, das Wahlrecht zu geben. Frauen erhielten nirgendwo das Wahlrecht. Radikalere Revolutionäre wollten eine demokratischere Verfassung und in Italien und Deutschland eine geeinte Republik anstelle einer Föderation von Monarchien. In Italien misstrauten die Republikaner den Monarchisten, die bereit waren, den Sieg gegen Österreich mit der militärischen Hilfe der Kö-

nige von Sardinien-Piemont und von Neapel zu sichern. In Baden stellten die Republikaner im April eine Armee auf, wurden jedoch von Bundestruppen geschlagen.

Auch hinsichtlich der sozialen Frage gab es große Meinungsverschiedenheiten unter den Revolutionären. Liberale Regierungen sorgten zwar für staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, etwa die Pariser Nationalwerkstätten (*ateliers nationaux*) in Frankreich, um die unmittelbaren Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu lindern, glaubten aber letztendlich, dass der Wohlstand auch ohne umfassende staatliche Eingriffe zurückkehren werde. Für die Sozialisten hingegen konnte die Armut nur durch weitreichende soziale Reformen beseitigt werden: Entsprechend forderten die linksgerichteten Revolutionäre in Frankreich eine „demokratische und soziale Republik“. In ganz Europa schlossen sich Handwerker und Arbeiter, darunter gelegentlich auch Frauen, in politischen Clubs zusammen und gründeten Gewerkschaften. Die Mobilisierung der Arbeiterschaft beunruhigte die Besitzenden, die eine soziale Revolution befürchteten. So kam es 1848 auch zu einer starken sozialen und politischen Polarisierung, weshalb der wohlhabende Teil der Bevölkerung wieder vermehrt Monarchie und Armee als Garanten für Ruhe und Ordnung betrachtete. Als die Nationalversammlung in Frankreich die Nationalwerkstätten als Horste der sozialistischen Agitation wieder schließen ließ und Tausende von Arbeitern und ihre Familien von Verarmung bedroht waren, führte das zu besonders gewalttätigen Ausschreitungen. Das tragische Ergebnis war der Juniaufstand, bei dem revoltierende Arbeiter in Paris auf die Barrikaden gingen. Der Aufstand wurde von Regierungstruppen brutal niedergeschlagen, mindestens 2400 Menschen verloren dabei ihr Leben. Auch in Berlin und Wien gab es Tote bei Unruhen.

So schockierend diese Ereignisse auch waren, die größte Gewalt ging von nationalen Konflikten aus. Die Liberalen vertraten zwar die Idee der Selbstbestimmung, doch ihre territorialen Ansprüche kollidierten fast überall in Europa mit den Ansprüchen anderer Nationalitäten. So unterstützten etwa liberale Regierungen in den deutschen Staaten territoriale Konflikte mit den Dänen über Schleswig-Holstein sowie mit den Polen im Großherzogtum Posen und gerieten mit ihren tschechischen Mitstreitern aufgrund

der Einbeziehung Böhmens in ihre Vorstellung eines geeinten „deutschen“ Staates aneinander. Ungarische Liberale kämpften gegen Slowaken, Rumänen, Kroaten und Serben, die versuchten, ihre Position innerhalb des Königreiches Ungarn zu stärken. Diese Konflikte waren besonders heftig, wenn ethnische und soziale Trennlinien aufeinandertrafen – wenn zum Beispiel die Bauern einer Nationalität angehörten und die Grundbesitzer einer anderen, wie in Siebenbürgen, wo die Bauern rumänisch-, die Grundbesitzer aber ungarisch- oder deutschsprachig waren. Die nationalen Konflikte ermöglichten es den Konservativen, sich gegenseitig zu unterstützen und so die Revolutionen zu schwächen: Der kaiserliche Hof in Wien unterstützte rumänische, serbische und slowakische Aufstände gegen die ungarischen Liberalen und förderte im September 1848 eine großangelegte kroatische Invasion in Ungarn. Nationale Feindseligkeiten spalteten die Revolutionen von 1848.

Konservative Reaktion

Doch auch die konservative Reaktion war von sich aus stark. Abgesehen von Frankreich, wo der König abgesetzt wurde, markierten die Revolutionen nur eine vorübergehende Niederlage der europäischen Monarchien. Die Königshöfe konnten immer noch auf eine bedeutende Unterstützung in der Bevölkerung zählen. So hatten sich etwa die europäischen Bauern zunächst auf die Seite der Revolutionäre gestellt, aber da ihnen diese Unterstützung kaum Vorteile gebracht hatte, kehrten sie zu ihren alten Loyalitäten zurück und sahen in ihrem Monarchen wieder ihren Schutzherrn, der sich gegenüber ihren Grundherren für ihre Rechte einsetzte. In den Teilen des Habsburgerreiches, in denen die Leibeigenschaft abgeschafft wurde, erfolgte die Proklamation geschickt im Namen des Kaisers. In den Ländern, in denen die Bauern das Wahlrecht erhielten, also in Österreich, Preußen und Frankreich, unterstützten sie in der Regel konservative Kandidaten gegen die Liberalen. In Frankreich verhalfen sie Louis-Napoléon Bonaparte bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1848 zu einem Erdrutschsieg, auf dessen Grundlage er Ende 1851 die Republik stürzen und als Napoleon III. das Zweite Kaiserreich errichten konnte. Und wie die Liberalen nutzten auch die Konservativen die Organe der Zivilgesellschaft, gründeten eigene Vereinigungen und verbreit-

teten ihre Ideen in Zeitungen, Pamphleten und Bildern. Die Kirchen drängten ihre Mitglieder in der Regel dazu, sich gegen die Liberalen zu stellen. In Deutschland entstand ein Netzwerk aus konservativen Kirchen- und Vaterlandsvereinen. Preußische Adlige gaben eine eigene Zeitung heraus, die „Kreuzzeitung“, die weite Verbreitung fand, während in Österreich Vereine von sogenannten Verfassungsfreunden gegründet wurden, um die revolutionäre Propaganda zu widerlegen. In Frankreich war Louis-Napoléon ein Meister der Selbstdarstellung, gleichzeitig war die breite Öffentlichkeit der Revolution überdrüssig und hatte Angst vor weiteren Unruhen. Die Monarchen behielten im Allgemeinen auch die Kontrolle über das Militär und hatten weiterhin die Möglichkeit, Minister zu ernennen. Eine wichtige Ausnahme bildete Ungarn, wo die Liberalen über eine starke Armee verfügten und die kroatische Invasion abwehren konnten. In den anderen Teilen des Habsburgerreiches sowie in Deutschland und Italien schlug das Militär die Revolutionen jedoch im Namen der alten Ordnung nieder.

Radikales Wiederaufleben und Ende

Obwohl die meisten liberalen Regime Ende 1848 besiegt waren, kam es zu einer zweiten Welle des revolutionären Widerstands, die von Radikalen angeführt wurde. Mit Radikalen sind die linksgerichteten Republikaner in Frankreich und Italien gemeint, wo eine Römische Republik ausgerufen wurde, außerdem in Deutschland, vor allem in Baden, das kurzzeitig zur Republik wurde, sowie in Ungarn, das für seine Unabhängigkeit kämpfte. Allerdings wurde das entschlossene radikale Aufbegehren noch im Oktober 1849 niedergeschlagen, und 1850 befand sich Europa wieder unter der Kontrolle der konservativen Kräfte – mit einer postrevolutionären Ordnung, die in vielerlei Hinsicht autoritärer war als jene zuvor.

VERMÄCHTNIS

Das Vermächtnis der europäischen Revolution von 1848/49 zeigt sich in globaler, nationaler und europäischer Hinsicht. Global, weil in einigen europäischen Kolonien in Übersee, vor allem in den französischen Kolonien, die Sklaverei abgeschafft wurde – eine Inspiration für den Abolitionismus in den Vereinigten Staaten unmit-

telbar vor dem Bürgerkrieg. Politische Flüchtlinge aus Europa brachten zudem radikale Ideen mit ins US-amerikanische Exil, die Einfluss auf die dortige Politik hatten. Darüber hinaus standen die europäischen Revolutionen Pate für die gescheiterte Praiera-Revolte in Brasilien, einen Aufstand gegen die Macht der Eliten in den Jahren 1848/49. Insgesamt betrachtet, helfen uns die Revolutionen von 1848/49, die Dynamik späterer revolutionärer Kaskaden in der ganzen Welt zu verstehen, etwa der Revolutionen 1989 in Europa, der „Farbrevolutionen“ ab den frühen 2000er Jahren oder des „Arabischen Frühlings“ 2011.

Auf nationaler Ebene liefern die Ereignisse von 1848/49 späteren politischen Bewegungen einen großen Fundus an historischen Erinnerungen, Märtyrern und Symbolen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen die kommunistischen Regierungen in Mittel- und Osteuropa in den Revolutionen von 1848/49 ein revolutionäres Erbe, aus dem sie ihre Legitimation zu ziehen versuchten. Doch 1848/49 beinhaltet auch Erinnerungen an Liberalismus und Demokratie, die für die modernen Demokratien in der Auseinandersetzung mit dem Erbe des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts sowohl nach 1945 als auch nach der Revolution von 1989 ein nützliches Vorläufermodell boten, auf das man sich beziehen konnte. Der soziale Konflikt von 1848 hatte zudem ein lange bestehendes Problem zum Ausdruck gebracht, mit dem alle modernen Demokratien umgehen müssen: Wie wahrt man das Gleichgewicht zwischen kollektiver sozialer Gerechtigkeit einerseits und individueller persönlicher Freiheit andererseits?

Es gab jedoch auch ein europäisches Vermächtnis, das an Giuseppe Mazzinis Vision von Europa als einer friedlichen Bruderschaft freier Völker erinnerte. Die revolutionäre Kaskade von 1848/49 schien zu zeigen, dass alle europäischen Liberalen die gleichen Ziele verfolgten. Revolutionäre im einen Land sprachen Revolutionären in anderen Ländern ihre Unterstützung aus oder baten einander um Hilfe. Doch in der Praxis brachten die Revolutionen auch eine andere, negative Eigenschaft ans Licht: Zwischen den Liberalen verschiedener Länder kam es immer wieder zu Konflikten wegen umstrittener Gebiete. In einigen Ländern brachen im Kampf um die Rechte nationaler Minderheiten Bürgerkriege aus. Daher ist das wahre europäische Ver-

mächtnis der Revolutionen von 1848/49 vielleicht weniger in der „Bruderschaft der Völker“ zu suchen, sondern gleich in dreifacher Hinsicht als Warnung der Geschichte zu verstehen. *Erstens* zeigt sich darin, wie selbst die lobenswertesten liberalen Ziele scheitern können, wenn sie mit einem kompromisslosen Nationalismus verbunden sind, der den Bestrebungen anderer Völker wenig Raum lässt. *Zweitens* kann man daraus schließen, dass in Demokratien, die mit akuten Krisen konfrontiert sind, Menschen aus Angst vor sozialen Umwälzungen dazu verleitet werden können, Zuflucht in autoritären Lösungen zu suchen. Und *drittens* erinnert 1848/49 an die Herausforderung, eine europäische Ordnung zu schaffen, die zum einen den Ambitionen und Hoffnungen der verschiedenen Völker gerecht wird und zum anderen in der Lage ist, Streitigkeiten zwischen ihnen friedlich beizulegen – und dabei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Die Geschichte Europas der vergangenen 175 Jahre liefert also gute Gründe, sich eingehender mit dem Erbe der Europäischen Revolution von 1848/49 zu befassen.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

MIKE RAPPORT

ist Reader in Modern European History an der University of Glasgow, Schottland/Vereinigtes Königreich.

michael.rapport@glasgow.ac.uk

FRAGEN AN 1848/49

Ein Forschungsüberblick

Theo Jung

Um die Revolutionen von 1848/49 ist es ruhig geworden. Eine französische Überblicksdarstellung sprach 2009 von einer „vergessenen Revolution“.⁰¹ Im deutschsprachigen Raum lässt sich Ähnliches feststellen: Nach einem enormen Boom des öffentlichen Gedenkens und der historischen Forschung rund um das 150-jährige Jubiläum 1998/99 ist das Thema vom Radar der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden. Auch das bevorstehende 175-jährige Jubiläum hat bisher keine großen Begeisterungswellen hervorgerufen. Das „Jubiläumsnetzwerk 175 Jahre Revolution 1848/49“ bündelt die üblichen Verdächtigen der Gedächtnispolitik zum Thema. Deren Neuvernetzung hat einmal mehr die Vielfalt an Perspektiven des Revolutionsgedenkens im deutschen Raum unter Beweis gestellt und vor allem auch die digitale Präsenz des Themas gestärkt.⁰² Von großen neuen Deutungsentwürfen oder Kontroversen fehlt bisher jedoch jede Spur.

Auf dem historischen Buchmarkt zeigt sich ein ähnliches „Weiter so“. Von einigen einschlägigen Forschungsmonografien und -handbüchern erscheinen überarbeitete Neuauflagen,⁰³ für die breitere Öffentlichkeit liegen neue Überblicksdarstellungen vor.⁰⁴ Doch aus historischen Fachkreisen ist bislang eher wenig Neues zu verzeichnen. Von den angekündigten Monografien werden nur wenige mit Spannung erwartet, wie etwa Frank Engehausens Buch über die Frankfurter Nationalversammlung oder die von Christopher Clark angekündigte europäische Gesamtdarstellung.⁰⁵ Ob diese oder andere Beiträge die Revolutionsforschung in den kommenden Jahren tatsächlich aus ihrem Halbschlummer aufrütteln werden, wird sich zeigen.

Im Folgenden soll der aktuelle Stand der deutschsprachigen Forschung vor dem Hintergrund ihrer langfristigen Entwicklung erörtert werden. Weniger als um bibliografische Vollständigkeit geht es darum, die sich wandelnden Fragen hervorzuheben, die in den vergangenen

175 Jahren an die Revolutionen von 1848/49 gestellt wurden.⁰⁶ Daraus ergibt sich auch eine neue Sicht auf die aktuellen Forschungsdebatten – oder auch: auf deren Verstummen.

POSTREVOLUTIONÄRE DEUTUNGSKÄMPFE

Die publizistischen Auseinandersetzungen, die das Revolutionsgeschehen 1848/49 begleitet hatten, gingen unmittelbar in die geschichtspolitischen Debatten der postrevolutionären Ära über. Den deutschen Obrigkeiten galt 1848/49 als „tolles Jahr“, dessen Entgleisungen schnellstmöglich rückgängig gemacht werden mussten. Ihnen standen allerdings die Achtundvierziger selbst gegenüber, die durch die Publikation von Memoiren oder historischen Retrospektiven um ihren Ruf kämpften.⁰⁷

Neben der Legitimität der revolutionären Ziele und Taten stand in diesen Debatten die Frage nach den Ursachen des Scheiterns im Vordergrund. Auf linker Seite des politischen Spektrums orientierte man sich langfristig an der von Karl Marx und Friedrich Engels vertretenen Sicht, dass die revolutionäre Energie der Massen in der Zaghaftigkeit des Bürgertums versandet sei. Vor allem die Frankfurter Nationalversammlung erschien ihnen als „bloßer Debattierklub (...) bestehend aus einer Ansammlung leichtgläubiger Tröpfe, die sich von den Regierungen als parlamentarische Marionetten mißbrauchen ließen“.⁰⁸ Weiter rechts wurde das Scheitern vor allem mit dem unpraktischen Idealismus der Revolutionäre erklärt. Viele schlossen sich August Ludwig von Rochau an, der aus seinen Erfahrungen im Frankfurter Vorparlament den Schluss zog, dass Reformen nur auf der Basis einer konsequenten „Realpolitik“ erfolgreich umgesetzt werden konnten.⁰⁹

Links wie rechts ging man also gleichermaßen davon aus, dass die Revolution in einer Politik der bloßen Worte erstickt sei, der nun endlich

eine Politik der Taten folgen müsse. Als Johannes Scherr, der 1848 selbst als Abgeordneter im Württembergischen Landtag aktiv gewesen war und es inzwischen zum Geschichtspräsidenten in Zürich gebracht hatte, 1868 seine Revolutionsdarstellung im Untertitel als „Komödie der Weltgeschichte“ bezeichnete, traf er den Ton vieler Zeitgenossen.¹⁰

Abgesehen von den unterschiedlichen politischen Perspektiven wurden die frühen Debatten um die Bedeutung von 1848 maßgeblich vom repressiven Klima in den postrevolutionären Staaten bedingt, deren Zensur die Verbreitung von vielfach im Exil verfassten revolutionsfreundlichen Deutungen zwar nicht grundsätzlich verhindern, aber doch erheblich erschweren konnte. Das galt zumal für die akademische Geschichtswissenschaft. Die ehemaligen Paulskirchenabgeordneten Wilhelm Zimmermann und Karl Hagen wurden wegen ihrer allzu „differenzierten“ Revolutionsgeschichten aus dem Dienst der Universitäten Stuttgart respektive Heidelberg entlassen.¹¹ Spätestens nachdem ein weiterer ehemaliger Kollege, Georg Gottfried Gervinus, 1853 für seine liberalen Äußerungen vom Mannheimer Hofgericht wegen Hochverrats verurteilt worden war, ließen prominente Fachkollegen mit einem ähnlichen Hintergrund wie Friedrich Christoph Dahmann und Johann Gustav Droysen das Thema lieber auf sich beruhen.¹²

01 Maurizio Gribaudi/Michèle Riot-Sarcey, 1848, la révolution oubliée, Paris 2009.

02 Siehe etwa www.revolution-1848.de.

03 Beispielsweise Dieter Hein, Die Revolution von 1848/49, München 2019⁶; Rüdiger Hachtmann, 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022.

04 Vgl. Alexandra Bleyer, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Ditzingen 2022; Jörg Bong, Die Flamme der Freiheit. Die deutsche Revolution 1848/49, Köln 2022.

05 Frank Engehausen, Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Frankfurt/M. 2023 (i. E.); Christopher Clark, Revolutionary Spring. Fighting for a New World 1848–1849, London 2023 (i. E.).

06 Vgl. Ernst Schulin, Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49, in: Der Staat 38/1999, S. 69–85; Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 2012¹⁰, S. 7–16.

07 Vgl. exemplarisch Gustav Struve, Geschichte der drei Volkerhebungen in Baden, Bern 1849; Amalie Struve, Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen, Hamburg 1850.

08 Friedrich Engels, Die preußische konstituierende Versammlung – Die Frankfurter Nationalversammlung [März 1852], in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), Marx-Engels-Werke, Bd. 8, Berlin (Ost) 1960, S. 75–79, hier S. 79.

DAS KAISERREICH ALS GEGENMODELL

Nach der Reichsgründung wirkten diese Tendenzen weiter. Vereinzelt Alt-Achtundvierziger, wie der ehemalige Präsident der Frankfurter Nationalversammlung Eduard von Simson, sahen ihre früheren Ziele im Bismarck'schen Reich verwirklicht. Mehrheitlich wurde das Kaiserreich jedoch als endgültige Beseitigung der revolutionären Verirrungen und Illusionen betrachtet. Nach den erfolgreichen Einigungskriegen und der Reichsgründung von oben erschien Bismarcks zynischer Kommentar zum „Fehler von 1848 und 1849“, dass die großen Fragen der Zeit nun einmal „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse“, sondern durch „Eisen und Blut“ entschieden würden, plausibel.¹³

Die Folge war, wenn nicht gar eine Verdrängung, so doch ein eher herablassender Umgang mit der revolutionären Vergangenheit. Als der Leiter der Preußischen Staatsarchive, Heinrich von Sybel, der Revolution einen etwa 200-seitigen Abschnitt seiner siebenbändigen Geschichte der Reichsgründung widmete, betonte er ihre Irrtümer und Widersprüche, die in ihrem „jämmerlichen“ Scheitern gegipfelt seien. Allerdings gestand er der Frankfurter Nationalversammlung zu, den ersten „Samen einer großen Zukunft“ ausgeworfen zu haben, der im Nationalstaat seine Erfüllung gefunden habe.¹⁴ So wurde 1848 in das borussisch-nationale Narrativ integriert, das die Historiografie dieser Jahre dominierte. Als eigenständiges Thema fand die Revolution nur in sozialdemokratischen Kreisen, als Vorgeschichte der Arbeiterbewegung, eine gewisse Anerkennung.¹⁵

09 August Ludwig von Rochau, Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands, Stuttgart 1853.

10 Johannes Scherr, Von Achtundvierzig bis Einundfünfzig. Eine Komödie der Weltgeschichte, 2 Bde., Leipzig 1868.

11 Vgl. Wilhelm Zimmermann, Die Deutsche Revolution, Karlsruhe 1851²; Karl Hagen, Geschichte der neuesten Zeit vom Sturze Napoleon's bis auf unsere Tage, 2 Bde., Braunschweig 1850–1851.

12 Vgl. Georg Gottfried Gervinus, Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Leipzig 1853.

13 Otto von Bismarck, Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 30.9.1862, zit. nach Horst Kohl (Hrsg.), Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 2, Stuttgart 1892, S. 30.

14 Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. 1, München–Berlin 1913, S. 319.

15 Vgl. beispielsweise Wilhelm Blos, Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849, Stuttgart 1893.

„Die deutsche Revolution hat ihren Historiker noch nicht gefunden“, stellte der Leipziger Ordinarier Erich Marcks im Jubiläumsjahr 1898 fest. Er beobachtete, dass die Revolutionsjahre auf jüngere Zeitgenossen inzwischen den „Eindruck von etwas entschieden Fremdem“ machten. Allerdings begrüßte der Neo-Rankeaner diese Distanz als Chance. Er forderte, die Revolution endlich „nicht mehr als einen Teil der Gegenwart zu behandeln, dessen Tugenden oder Fehler wir eben heraussuchen um sie für uns selber noch nutzbar oder um sie unschädlich zu machen; sondern als Vergangenheit“.¹⁶ Doch blieb Marcks Aufforderung ohne nennenswerten Widerhall. Die Revolutionszeit erschien vielen Zeitgenossen als eine blasse Vorvergangenheit, die von der Gegenwart überholt worden war. In Heinrich Manns „Der Untertan“ aus dem Jahr 1918 wird die zeittypische Verkörperung des Wilhelminismus, Diederich Heßling, im Kontrast zum „alten Buck“ skizziert, der als Achtundvierziger als Überrest einer vergangenen Epoche dargestellt wird. Folgerichtig schließt das Buch mit dem Tod des alten Liberalen, der so endgültig dem Typus der neuen Zeit Platz macht.

HISTORIOGRAFISCHE KONTROVERSEN SEIT DER WEIMARER REPUBLIK

Eine genuin historische Auseinandersetzung mit den Revolutionen, die über die unmittelbaren zeitgenössischen Deutungskämpfe hinausging, setzte erst in der Weimarer Republik ein. Auch hier blieb die aktuelle politische Konstellation entscheidend für die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Revolution. Im Kontext von 1918/19 waren Rückbezüge auf die Ereignisse von 1848/49 kurzfristig wieder brisant geworden. Während sich daraus für Teile der Weimarer Linken ein durchaus positives Revolutionsgedächtnis ergab, bildete die Verkopplung von 1918/19 und 1848/49 auf rechter Seite eher einen weiteren Anlass, die beiden Revolutionen gleichermaßen abzulehnen. Nicht zuletzt auch in der konservativ geprägten Geschichtswissenschaft blieb eine klassische Sicht dominant, die auf nationalstaatliche und außenpolitische Themen fokussiert war und der idealistischen Professorenpolitik der Paulskirche die machtstaatliche Realpolitik der Fürsten gegenüberstellte.

¹⁶ Erich Marcks, 1848 (1898), in: ders., *Männer und Zeiten*, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 205–251, hier S. 209.

Neue Impulse kamen von Außenseitern wie dem Frankfurter Archivar Ludwig Bergsträsser und dem Marcks-Schüler Veit Valentin, dessen Lehrbefugnis an der Universität Freiburg wegen eines Konflikts mit dem Alldeutschen Verband aberkannt worden war. Besonders Valentins „Geschichte der Deutschen Revolution von 1848–49“ gilt bis heute als entscheidendes Grundlagenwerk.¹⁷ Neben der stark erweiterten Quellenbasis zeichnet sich die Arbeit durch die Synthese von ereignisgeschichtlicher Erzählung und sozialhistorischer Strukturanalyse aus, sodass erstmals alle beteiligten Akteursgruppen, inklusive der bäuerlichen und unterbürgerlichen Schichten, berücksichtigt wurden. Über die empirische Grundlagenforschung hinaus stand der neue Blick auf die Revolution für Bergsträsser wie Valentin auch im Zeichen eines politischen Projekts. Als engagierte Demokraten betrachteten sie 1848/49 als Zwischenstation einer freiheitlichen Tradition auf deutschem Boden, an die die Weimarer Republik anknüpfen konnte. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden Bergsträsser und Valentin entlassen. Letzterer ging ins Exil.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ordnete sich die Forschung im Rahmen des Jubiläumsjahres 1948 zunächst wieder in altbekannte Bahnen ein. Namhafte Historiker wie Friedrich Meinecke legten den Akzent auf den Kampf um die liberalen Grundrechte, die sie in der Nachkriegsordnung endlich verwirklicht sahen.¹⁸ Dem stand die skeptische Perspektive eines Rudolf Stadelmann gegenüber, der die Frage aufwarf, ob die Ereignisse von 1848/49, die „aus den Bahnen der Loyalität nie herausgefunden, den Weg der Gewalt weder äußerlich noch innerlich gewagt“ hatten,¹⁹ überhaupt verdienten, eine Revolution genannt zu werden.

Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit zeichneten sich damit zwei Debatten ab, die in der Folge verstärkt in den Fokus rücken würden. Einerseits erschien vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit die schon von Heinrich Mann popularisierte Vorstellung, dass die gescheiterte Revolution dem liberalen Bürgertum im deutschen Raum das Genick gebrochen und einem servilen Untertanengeist den Weg freigeräumt habe, als entschei-

¹⁷ Veit Valentin, *Geschichte der Deutschen Revolution von 1848–49*, 2 Bde., Berlin 1930/1931.

¹⁸ Vgl. Friedrich Meinecke, 1848. *Eine Säkularbetrachtung*, Berlin 1948.

¹⁹ Rudolf Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*, München 1948, S. 186.

dender Moment in der Vorgeschichte des deutschen Untergangs. Britische Historiker wie Lewis Namier und A.J.P. Taylor betrachteten 1848 als Moment, in dem die deutsche Geschichte „reached its turning-point and failed to turn“: „it recapitulated Germany’s past and anticipated Germany’s future. Echoes of the Holy Roman Empire merged into a prelude of the Nazi ‚New Order‘.“²⁰ Für die deutsche Geschichtswissenschaft bedeuteten solche Thesen eine Herausforderung, die langfristig Sprengstoff für Kontroversen bereitstellte.

Andererseits lag ein neuer Schwerpunkt auf den inneren Widersprüchen der Revolution. Schon zuvor waren die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft sowie zwischen Barrikadenkampf und Parlamentarismus als zentral für die Revolutionsdynamik betrachtet worden. Im beginnenden Kalten Krieg erhielten solche Gegensätze aber eine neue, geopolitische Dimension. Wie es Hans Rothfels ausdrückte: „the antithesis of Frankfurt-Berlin has (...) taken on a world-wide meaning“.²¹

Als die Geschichtswissenschaften in DDR und Bundesrepublik weitgehend eigene Wege gingen, schlug sich die Systemkonkurrenz zeitweilig in einer Art historiografischer Arbeitsteilung nieder. Während in der DDR das Herz der Revolution auf der Straße, in den Barrikadenkämpfen in Berlin im März 1848, im Heckerzug in Baden und in den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Leipzig und Dresden im Jahr 1849 verortet wurde, lag der Fokus der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft auf der Frankfurter Nationalversammlung und den verfassungsrechtlichen Traditionslinien, die von der Reichsverfassung vom 28. März 1849 zum Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 führten.

Diese Situation wandelte sich jedoch mit dem Aufstieg der Historischen Sozialwissenschaft ab den 1970er Jahren. Unter dem Schlagwort der „Gesellschaftsgeschichte“ wurden die strukturge-schichtlichen Impulse der Weimarer Zeit wieder aufgegriffen. Daraus ergab sich eine verstärkte Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe der Revolution, während statistische Untersuchungen eine präzisere Sicht auf das

Spektrum revolutionärer Akteure ermöglichten. Organisations- und mediengeschichtliche Ansätze nahmen die Eigendynamik von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in den Blick.²² Schließlich erlaubte es die Einbettung der Revolution von 1848/49 in die längere Geschichte von Protest und Revolution, teilweise auch wieder Brücken zur zeitgenössischen DDR-Forschung zu schlagen.²³ Gewissermaßen als Kulmination dieser Forschung behandelte Hans-Ulrich Wehler die Revolution in seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ auf der Basis des Kontrasts zwischen der erfolgreichen industriellen und der gescheiterten politischen Revolution.²⁴

Über die theoretischen und methodischen Innovationen hinaus hatte die Revolution von 1848/49 für die Historische Sozialwissenschaft auch thematisch eine Schlüsselstellung, insofern sie es sich zur Aufgabe ihrer „kritischen“ Geschichtsschreibung machte, die strukturellen Ursachen der deutschen Katastrophe aufzufindig zu machen. Die Frage nach dem deutschen „Sonderweg“ griff dabei auf ältere Deutungen zurück, stand als neues Schlagwort in den 1980er und 1990er Jahren aber an der Basis einer intensivierten Auseinandersetzung mit den langfristigen Kontinuitäten der deutschen Geschichte.²⁵

Die Impulse der sozialhistorischen Revolutionsgeschichte wurden in den folgenden Jahrzehnten weiter vertieft, aber auch kritisch erweitert. Im Rahmen der kulturgeschichtlichen Wende wur-

22 Vgl. exemplarisch Dieter Langewiesche, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: Geschichte und Gesellschaft 4/1978, S. 324–361; Hermann-Josef Rupieper, Die Sozialstruktur der Trägerschichten der Revolution von 1848/49 am Beispiel Sachsen, in: Hartmut Kaelble et al. (Hrsg.), Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 80–109; Ruth-Esther Geiger, Zeitschriften 1848 in Berlin. Die Zeitschrift als Medium bürgerlicher Öffentlichkeit und ihr erweiterter Funktionszusammenhang in den Berliner Revolutionsmonaten von 1848, Berlin 1980.

23 Vgl. Helmut Reinalter (Hrsg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt/M. 1986; Manfred Gailus, Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849, Göttingen 1990.

24 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „deutschen Doppelrevolution“, 1815–1845/49, München 1987, S. 585–785.

25 Vgl. kritisch etwa Wolfgang J. Mommsen, 1848. Die unge-wollte Revolution, Frankfurt/M. 1998; Jürgen Kocka, Arbeit und Freiheit. Die Revolutionen von 1848, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Die Revolution von 1848, Berlin 1998, S. 3–32.

20 A.J.P. Taylor, The Course of German History. A Survey of the Development of Germany Since 1815, London 1945, S. 68. Vgl. auch Lewis Namier, 1848. The Revolution of the Intellectuals, London 1946.

21 Hans Rothfels, 1848 – One Hundred Years After, in: The Journal of Modern History 20/1948, S. 291–319, hier S. 319.

de eine stärkere Berücksichtigung des Sprachgebrauchs, der Ikonografie und der symbolischen Praktiken der Revolution eingefordert.²⁶ Obwohl die neuen Ansätze der politischen Kulturgeschichte meist zunächst auf die Französische Revolution von 1789 gemünzt wurden, profitierte auch die Forschung zu 1848/49 davon. Eine andere Erweiterung des Blickfeldes bestand darin, dass nun verstärkt auch „die andere Hälfte“ der an der Revolution Beteiligten in den Blick geriet. Frauen- und geschlechtergeschichtliche Fragestellungen erwiesen sich nicht nur als Ergänzung zur bisherigen Forschung als ertragreich, sondern bildeten mittelfristig auch ein Sprungbrett für weitere Neuperspektivierungen, die die Revolutionsgeschichte etwa mit Blick auf Subjektivierungsformen oder um performanz-, körper- oder emotionsgeschichtliche Dimensionen bereicherten.²⁷

1998/99 UND DANACH

Zumindest quantitativ erreichte die Aufmerksamkeit für 1848 in den Jahren 1998/99 einen Höhepunkt. Die Revolutionsforschung wurde zum Schlachtfeld, auf dem die Grabenkämpfe zwischen der klassischen Verfassungsgeschichte, der Historischen Sozialwissenschaft und der neueren Kulturgeschichte ausgefochten wurden. Neben dem runden Jubiläum trug zur öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema auch die geschichtspolitische Lage Deutschlands nach der Wiedervereinigung bei, in der eine Rückbesinnung auf die langfristige Demokratiegeschichte im deutschen Raum mit der Suche nach gemeinsamen, in Ost wie West gleichermaßen anknüpfungsfähigen Gedächtnisorten verbunden wurde.²⁸

26 Vgl. Manfred Hettling, *Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer*, Frankfurt/M. 1998; Yasmin Doosry/Rainer Schoch (Hrsg.), *1848. Das Europa der Bilder*, Nürnberg 1998; Bettina Hitzer, *Schlüssel zweier Welten. Politisches Lied und Gedicht von Arbeitern und Bürgern 1848–1875*, Bonn 2001.

27 Vgl. Carola Lipp (Hrsg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Moos-Baden-Baden 1986; Gabriella Hauch, *Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848*, Wien 1990.

28 Vgl. Birgit Bublies-Godau, „Von der Revolution zu den Revolutionen“. Zur 150. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 in Deutschland und Europa, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 11/1999, S. 219–256; Rüdiger Hachtmann, *150 Jahre Revolution von 1848: Festschriften und Forschungsbeiträge*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39/1999, S. 447–493, und 40/2000, S. 337–401.

Die Masse an neuen Publikationen stellte die Vielfalt unterschiedlicher Ansätze unter Beweis. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Räumen der Revolution und ihren Verbindungen untereinander. Einerseits wurden die Eigenlogiken unterschiedlicher revolutionärer Arenen – vom Wahllokal zur Barrikade und vom Plenarsaal zum Wirtshaus – vertiefend berücksichtigt. Andererseits wurde nach Verbindungen zwischen den lokalen, regionalen, nationalen und übernationalen Perspektiven gesucht. Erstmals gelang es, lokalhistorische Initiativen stärker mit der eher national orientierten Perspektive der akademischen Geschichtswissenschaft zu verknüpfen. Gleichzeitig wurde die nationalgeschichtliche Engführung der Revolutionsgeschichte problematisiert und die Frage aufgeworfen, ob von einer Vielzahl von Revolutionen im europäischen Raum oder vielmehr von einer übergreifenden europäischen Revolutionsdynamik gesprochen werden müsse. In Ermangelung genauere Erkenntnisse über die Verflechtungen zwischen den verschiedenen europäischen Revolutionsschauplätzen blieb diese Debatte zu diesem Zeitpunkt jedoch relativ abstrakt.²⁹

Wie die Hochkonjunktur der Jahre 1998/99 hatte auch das nachlassende Interesse an den Revolutionen von 1848/49 danach teilweise innerwissenschaftliche Gründe. Der gigantische Forschungsboom der Jahrtausendwende erwies sich jetzt in mancher Hinsicht als Hürde. Viele Themen galten als „ausgeforscht“, die Ergebnisse in monumentalen Werken „kanonisiert“³⁰ und die

29 Vgl. Dieter Langewiesche, *Kommunikationsraum Europa. Revolution und Gegenrevolution*, in: ders. (Hrsg.), *Demokratiabewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen*, Karlsruhe 1998, S. 11–35; Hartmut Kaelble, *1848: Viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution?*, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Revolution in Deutschland und Europa 1848–1849*, Göttingen 1998, S. 260–278; Reinhart Koselleck, *How European Was the Revolution of 1848/49?*, in: Axel Körner (Hrsg.), *1848 – A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848*, Basingstoke 2000, S. 209–221; Manfred Hettling, *Wie europäisch war 1848?*, in: Klaus Ries (Hrsg.), *Europa im Vormärz. Eine transnationale Spurensuche*, Ostfildern 2016, S. 177–191.

30 Vgl. etwa Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997; Christof Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.), *1848. Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M. 1998; Hardtwig (Anm. 29); Christian Jansen/Thomas Mergel (Hrsg.), *Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung, Verarbeitung, Deutung*, Göttingen 1998; Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998.

maßgeblichen Positionen als von prominenten HistorikerInnen „besetzt“, sodass es für jüngere ForscherInnen karrieretechnisch eher wenig vielversprechend erschien, sich in dieses Feld hineinzuwagen.

Natürlich kam die Forschung nicht vollends zum Erliegen. Auch in den vergangenen Jahrzehnten erschien eine Vielzahl neuer Publikationen, die die Forschung punktuell weiterentwickelten, auch wenn ihnen nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit zuteilwurde. Besonders in Dissertationen wurden dabei durchaus eklatante Forschungslücken beseitigt.³¹ Viel häufiger aber setzten neuere Arbeiten weniger eigene Themen, als dass sie Forderungen, die um die Jahrtausendwende programmatisch formuliert worden waren, erstmals empirisch einlösten.

Dies galt etwa für die biografischen Arbeiten, die über die bekannten Schlüsselfiguren hinaus inzwischen auch Persönlichkeiten der zweiten und dritten Reihe in den Blick nehmen und so zu einem differenzierteren Verständnis revolutionärer Erfahrungs- und Handlungsräume beitragen.³² Auch die Zahl regionalgeschichtlicher Studien zu städtischen und ländlichen Räumen wächst beständig an.³³ Die politische Kultur der Revolution erfreut sich großer Aufmerksamkeit, wobei neuere Arbeiten etwa das Liedgut, die Bildsprache und das literarische Umfeld der Revolution hervorheben.³⁴ Schließlich ist an dieser Stelle auch die intensive Auseinandersetzung mit der postrevolutionären Gedächtniskultur zu nennen.³⁵

31 Vgl. etwa Eva Maria Werner, *Die Märzministerien. Regierungen der Revolution von 1848/49 in den Staaten des Deutschen Bundes*, Göttingen 2008; Klaus Seidl, „Gesetzliche Revolution“ im Schatten der Gewalt. Die politische Kultur der Reichsverfassungskampagne in Bayern 1849, Paderborn 2014.

32 Vgl. die inzwischen auf sechs Bände angewachsene Reihe „Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49“ im Berliner Fides-Verlag (2003–2022).

33 Vgl. neuerdings Markus Meyer, *Die Revolution von 1848/49 in der Pfalz. Kampf um Grundrechte und Reichsverfassung*, Neustadt/W. 2020; Michael Wettengel, *Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Frankfurt*, Wiesbaden 2022.

34 Vgl. Rolf Reichardt (Hrsg.), *Lexikon der Revolutions-Ikonographie in der europäischen Druckgraphik (1789–1889)*, 3 Bde., Münster 2017; Eckhard John/David Robb, *Songs for a Revolution. The 1848 Protest Song Tradition in Germany*, Rochester 2020.

35 Vgl. Claudia Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*, Göttingen 2007; Christoph Hamann/Volker Schröder (Hrsg.), *Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin*, Freiburg/Br. 2010.

UND HEUTE?

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen, vor Anfang des Jubiläums, lassen sich die von ihm ausgehenden Impulse schwer vorhersagen. Doch zeichnen sich aktuell zumindest zwei Tendenzen ab, die mit ziemlicher Sicherheit größere Aufmerksamkeit generieren werden.³⁶ Die Schwerpunktverschiebung von der nationalgeschichtlichen zur transnationalen Revolutionsgeschichte wurde schon um 1998/99 vielfach eingefordert, schlug sich aber erst in den vergangenen Jahren vermehrt in empirischen Arbeiten nieder. Dabei werden unterschiedliche Verflechtungen hervorgehoben – von infrastrukturellen Verbindungen über die grenzüberschreitende Nachrichtenzirkulation bis hin zu Migration, Exil und der Bildung transnationaler Netzwerke. Zuweilen geht der Blick sogar über Europa hinaus, sodass die Wahrnehmungen und Adaptationen der europäischen Revolutionen in den USA, Lateinamerika, Australien, Guadeloupe oder Martinique hervortreten.³⁷

Die räumliche Blickerweiterung geht dabei auch mit neuen Periodisierungen einher. Neuere Arbeiten verorten die Revolutionen von 1848/49 stärker als zuvor im Revolutionszeitalter ab 1789 oder sogar 1776 – wodurch Verbindungen zu einem international hochdynamischen Forschungsfeld entstehen.³⁸ Gleichzeitig erscheint die postrevolutionäre Phase nicht länger als bloße Restauration. Vielmehr werden die vielseitigen Nachwirkungen hervorgehoben, die von der Revolution von 1848 trotz ihres „Scheiterns“ ausgingen. Die ins Exil getriebenen Revolutionäre erwiesen sich als Motor transnationaler Vernetzungen sowie als eigenständige politische Kraft in ihren Zielge-

36 Vgl. ausführlich Theo Jung, *Die Aktualität einer umkämpften Vergangenheit. Neuere Perspektiven auf die Revolutionen von 1848/49*, in: Susanne Kitschun/Elisabeth Thalhöfer (Hrsg.), *Die Revolution von 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?*, Berlin 2022, S. 37–45.

37 Vgl. im Überblick Christopher Clark, *The Revolutionary Waves of 1848*, in: David Motadel (Hrsg.), *Revolutionary World. Global Upheaval in the Modern Age*, Cambridge 2021, S. 66–91.

38 Vgl. Jonathan Israel, *The Expanding Blaze. How the American Revolution Ignited the World, 1775–1848*, Princeton 2017; Gavin Murray-Miller, *Revolutionary Europe. Politics, Community and Culture in Transnational Context, 1775–1922*, London 2020.

sellschaften.³⁹ Auch die Weiterentwicklungen der postrevolutionären Staaten sind mit dem Schlagwort der „Restauration“ nur unzureichend charakterisiert. In vielen Fällen entfalte te sich hier durchaus eine „revolutionäre“ Dynamik, indem Obrigkeiten und Eliten Elemente der Revolution für ihre eigenen, antirevolutionären Ziele adaptierten. Die von Christopher Clark festgestellte „Regierungsrevolution“ der europäischen Staaten in den 1850er Jahren, als Obrigkeiten auf der Basis von neuen Koalitionen zwischen konservativen und moderat-liberalen Kräften eine auf Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung fokussierte technokratische Fortschrittspolitik verfolgten, wurde von Zeitgenossen als unpolitische Alternative zu den Revolutionswirren dargestellt. De facto griffen sie von den Organisations-, Kommunikations- und Aktionsformen der Revolution und sogar von ihren Zielen weit mehr auf, als sie selbst wahrhaben wollten.⁴⁰

Der zweite erwartbare Schwerpunkt ist nicht eigentlich neu, sondern bildet eine Weiterführung der Debatten, die in der Bundesrepublik spätestens in den 1970er Jahren einsetzten, als Bundespräsident Gustav Heinemann mit der Einrichtung einer Gedenkstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt deutlich machen wollte, „daß unsere heutige Verfassung durchaus eigenständige Wurzeln hat und nicht nur eine Auflage der Sieger von 1945 ist“.⁴¹ Die Einbettung von 1848/49 in die langfristige Geschichte der Demokratie auf deutschem Boden, die nach der Wiedervereinigung einmal mehr Fahrt aufnahm, hat als Narrativ jüngst wieder für

Schlagzeilen gesorgt, als es von Hedwig Richter provokant als „deutsche Affäre“ erzählt wurde.⁴² Dass diese Perspektive auch heute staatstragende Qualität haben kann, zeigt der 2021 von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier höchstpersönlich herausgegebene Sammelband zu den „Wegbereitern der deutschen Demokratie 1789–1918“, in dem nicht weniger als acht von insgesamt dreißig „mutigen Frauen und Männer[n]“ aus dem Kontext der Revolution von 1848/49 vertreten sind.

Auch wenn solche Erzählungen keineswegs unkritisch oder gar naiv daherkommen, liegt ihr Schwerpunkt doch in der Würdigung der Errungenschaften, die von der Revolution trotz ihres Scheiterns geblieben sind. Dieselbe Qualität, die sie für ein breites Publikum leicht verdaulich und für eine staatliche Gedächtnispolitik anschlussfähig macht, fordert aber auch immer wieder skeptische Gegenstimmen heraus. So hat etwa Manfred Hettling nach dem großen Jubiläumsjahr 1998/99 darauf hingewiesen, dass die Suche nach demokratischen Traditionen nicht ohne thematische Engführungen auskommt. Nicht nur, weil dabei aus dem komplexen Zusammenhang der Revolution nur ausgewählte, aktuell schmackhafte Elemente hervorgehoben werden, sondern auch, weil so die Zeit zwischen Vorgeschichte und Gegenwart auf bloße Zwischenstationen reduziert wird.⁴³ Hinzuzufügen wäre noch, dass die Rede von den Errungenschaften zuweilen eine Selbstzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand impliziert, die für eine gesellschaftskritische Geschichtsschreibung nur schwer verdaulich ist. Dass die demokratischen Vorläufer der Revolution von 1848/49 im Jubiläumsjahr gebührende Würdigung erfahren werden und sollen, steht außer Zweifel. Inwiefern aus einer erneuten Auseinandersetzung mit der Revolution aber auch neue kritische Perspektiven erwachsen werden, werden wir sehen.

39 Vgl. Heléna Tóth, *An Exiled Generation. German and Hungarian Refugees of Revolution, 1848–1871*, New York 2014; Wilhelm Kreutz (Hrsg.), *Deutsche im politischen Exil nach dem Hambacher Fest und der Revolution von 1848/49*, Ostfildern 2020.

40 Vgl. Christopher Clark, *After 1848: The European Revolution in Government*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 22/2012, S. 171–197; Anna Ross, *Beyond the Barricades. Government and State-Building in Post-Revolutionary Prussia, 1848–1858*, Oxford 2019.

41 Zit. nach Gustav W. Heinemann, *Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969–1974*, Frankfurt/M. 1975, S. 39.

42 Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre*. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2020.

43 Manfred Hettling, *Die Jagd nach dem demokratischen Anfang. Rückblick auf das Jubiläumsjahr zu 1848*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 51/2000, S. 302–312.

THEO JUNG

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
theo.jung@geschichte.uni-halle.de

FRAUEN UND DIE REVOLUTION

1848 als Frauenaufbruch

Kerstin Wolff

„Aber als Schmach empfand ich es doch, daß Frauen nach wie vor von politischen Versammlungen ausgeschlossen waren“, schrieb die Schriftstellerin und Lyrikerin Louise Otto 1848 über die Damengalerie in der Paulskirche, von der aus Frauen die Parlamentssitzungen verfolgen durften.⁰¹ Die Enttäuschung saß tief: Sie konnte weder einen Abgeordneten für die Paulskirche wählen noch konnte sie selbst als Abgeordnete einziehen.

Bis heute wird die Geschichte der Demokratie, die zu Recht auch mit der Revolution von 1848 verknüpft wird, häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt. Es sind vorzugsweise Revolutionäre, Parlamentarier und angehende Politiker, an die erinnert wird, wenn es um die Demokratiegeschichte im 19. Jahrhundert geht. Die „Männerzentriertheit“ von Revolutions- und Demokratieerzählungen beschränkt sich allerdings nicht auf die Ereignisse um 1848. Die Historikerin Hedwig Richter hat darauf hingewiesen, dass auch und gerade demokratische Staaten dazu neigen, alle Revolutionen als ihr Erbe zu zelebrieren. „Der zentrale Topos eines globalen Demokratienarrativs lautet: Demokratiegeschichte ist ein revolutionärer Kampf von unten gegen oben, und es liegt auf der Hand, dass diese Geschichte in aller Regel eine Männergeschichte ist.“⁰²

Diese Überlegungen dienen als Ausgangspunkt für die Frage, ob das nachträgliche Revolutionsnarrativ den Blick auf die Erfolge und den partiellen Aufbruch von Frauen rund um die Revolution von 1848 verstellt hat. Hat die starke Konzentration der Forschung auf den parlamentarischen Arm der Revolution dazu geführt, dass Frauen viel stärker als ausgeschlossen gedacht werden, als sie es waren? Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Behinderungen und Diskriminierungen von Frauen als politische Bürgerinnen waren enorm. Diese fußten auf einem polar gedachten Geschlechterverhältnis, das Frauen in den unpolitisch-privaten Bereich verwies. So wurde auch der Ausschluss aus der Paulskirche

begründet. Allerdings zeigt die Tatsache, dass die Verhandlungen vor den Augen und Ohren anwesender Frauen abgehalten wurden, dass Frauen als Mitglieder der Nation wichtig waren.⁰³

In diesem Artikel möchte ich aufzeigen, wo und wie Frauen an der Revolution beteiligt waren und an welchen konkreten Orten weibliches Engagement zu finden war.⁰⁴

ORTE DER GEWALT: BARRIKADENKÄMPFE UND EIN ATTENTAT

Der Barrikadenkampf scheint ein typisch männlicher Revolutionsort zu sein. Schließlich wird hier mit Waffengewalt verteidigt, und Waffen gelten als ein männliches Werkzeug. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass auch Frauen auf den Barrikaden waren. So kämpften Frauen auf den Barrikaden in Dresden und Berlin, und auch die Festung in Rastatt wurde gemeinsam von Männern und Frauen verteidigt.⁰⁵ Von den Berlinerinnen etwa ist bekannt, dass sie Steine als Wurfgeschosse beschafften und auf Hausdächer und Kirchen hochtrugen – auf der Liste der Märzgefallenen sind elf Frauen mit Namen bekannt.⁰⁶ Auch in Trier, Elberfeld und Frankfurt am Main beteiligten sich Frauen aktiv am Barrikadenbau, ebenso in Wien. Dabei handelte es sich sowohl um Bürgerliche als auch um Frauen aus der Unterschicht.⁰⁷ Dass das gemeinsame Wachen an den Barrikaden Vorstellungen von Geschlechterrollen erheblich störte, zeigt die Tatsache, dass es in Wien zu massiven Abwertungen in der Presse kam. Die in den Berichten formulierten Ängste beziehungsweise sexuellen Fantasien spiegeln dabei nicht nur die Irritation der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung wider, sondern vor allem die ansonsten strenge Trennung der Geschlechter in der Öffentlichkeit und außerhalb von Familien.⁰⁸

Besonders „aufregend“ und grenzensprengend waren Frauen, die sich entschlossen, mitzu-



Barrikade an der Mannheimer Rheinbrücke am 26. April 1848

Quelle: MARCHIVUM, Bildsammlung, KF023310

kämpfen oder Kampfhandlungen zu unterstützen. So beteiligte sich in Baden etwa Amalie Struve am sogenannten Heckerzug und erlebte auch das Gefecht auf der Scheideck bei Kandern. Sie versuch-

te zusammen mit ihrem Mann Gustav, beim sogenannten Struve-Putsch eine Republik auszurufen, was misslang, wurde verhaftet und musste im Freiburger Turm einsitzen. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, sich 1849 der badischen Revolutionsarmee anzuschließen, die vom preußischen Militär aufgegeben und in der Festung Rastatt eingeschlossen wurde, wo sie schließlich am 23. Juli 1849 kapitulieren musste.⁰⁹ Es waren nicht viele Frauen, die sich Kampfhandlungen zutrauten, und auf ihre Sonderposition innerhalb der Re-

01 Zit. nach Johanna Ludwig, *Eigener Wille und eigene Kraft. Der Lebensweg von Louise Otto-Peters*, Leipzig 2014, S. 175.

02 Hedwig Richter/Kerstin Wolff, *Demokratiegeschichte als Frauengeschichte*, in: dies. (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018, S. 7–32, hier S. 7.

03 Vgl. Henning Türk, „Ich gehe täglich in die Sitzungen und kann die Politik nicht lassen.“ Frauen als Parlamentszuschauerinnen und ihre Wahrnehmung in der politischen Öffentlichkeit der Märzrevolution 1848/49, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43/2017, S. 497–525.

04 Dieser Artikel kann auf zahlreiche Vorarbeiten zurückgreifen. Siehe z. B. Sylvia Paletschek, *Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution 1848/49*, in: Beate Fiesler/Birgit Schulz (Hrsg.), *Frauengeschichte gesucht – gefunden? Auskünfte zum Stand der historischen Frauenerforschung*, Köln u. a. 1991, S. 47–64; Gabriella Hauch, *Frau Biedermann auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848*, Wien 1990; Marion Freund, „Mag der Thron in Flammen glühn!“ Schriftstellerinnen und die Revolution von 1848/49, Königstein/Ts. 2004.

05 Vgl. Ute Gerhard, *Über die Anfänge der deutschen Frauenbewegung um 1848. Frauenpresse, Frauenpolitik, Frauenvereine*, in: Karin Hausen (Hrsg.), *Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 200–224, hier S. 202.

06 Vgl. Dokument 94, in: Gerlinde Hummel-Haasis (Hrsg.), *Schwester, zerreiße eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49*, München 1982, S. 105.

07 Vgl. Hauch (Anm. 4).

08 Vgl. ebd., S. 120 ff.

09 Zu Amalie Struve siehe z. B. Freund (Anm. 4).

volution ist immer wieder hingewiesen worden.¹⁰ Doch was bedeutet es auf lange Sicht betrachtet, dass es die reitenden, schießenden und kämpfenden Revolutionärinnen gab – und diese auch ihren Zeitgenoss:innen sehr gut bekannt waren?¹¹

Obwohl diese Frauen Ausnahmen waren, sollte ihre Bedeutung für die revolutionären Ereignisse auf einer symbolischen Ebene nicht unterschätzt werden. Ihre Handlungen dienten auf der einen Seite der Reaktion als warnendes Beispiel dafür, dass eine Frau durch die Beschäftigung mit Politik für ihren angestammten Beruf, nämlich Ehefrau und Mutter zu sein, nicht mehr infrage komme. Auf der anderen Seite befeuerten solche Aktivitäten aber auch die Hoffnungen bei denen, die sich nicht nur eine Veränderung der Staatsform wünschten, sondern auch andere Geschlechterrollen. Dazu gehörten durchaus auch manche Männer. 1848 kam es „vorübergehend – zu einer (begrenzten) Aufspaltung des Konzepts der Geschlechtseigentümlichkeiten ‚des Mannes‘. Demokraten und Liberale vertraten andere Vorstellungen von Männlichkeit als die Militärpartei und zivile Konservative.“¹²

Dass männliche Vorurteile gegen „politisierende Frauen“ in und vor allem nach der Revolution einen breiten Raum einnahmen, zeigt sich auch an dem Fall der Henriette Zobel, die als „schirmschwingende ‚Megäre‘, ‚Furie‘ und mutmaßliche Fürstenmörderin in die Frankfurter Geschichte“ einging.¹³ Dieses Bild zeichnete Christian Reinhold Köstlin, der 1853 als Gerichtsgutachter über die Ermordung der beiden Abgeordneten Hans Adolf Auerswald, preußischer Generalmajor, und Fürst Felix von Lichnowsky 1848 in Frankfurt am Main einen Bericht vorlegte.¹⁴ Mit ihrem Regenschirm soll die Ehe-

frau des Lithografen Karl Zobel auf die beiden Abgeordneten eingepöbeln und so ihren Tod mit verursacht haben. Die Tat trug sich am 18. September 1848 zu, bereits am nächsten Tag wurde sie verhaftet und 1853, nach Jahren in Untersuchungshaft, wegen Teilnahme an einem Komplott zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es ist im Nachhinein nicht zu rekonstruieren, ob und wie Henriette Zobel in die Ermordung der beiden Abgeordneten verwickelt war – aber darum ging es damals auch nicht. Vielmehr sollte ein Exempel statuiert werden, denn Zobels politisches Engagement wurde im Gerichtsgutachten dezidiert geschildert und ihr zulasten ausgelegt. So führte der Gutachter aus: „Um Politik will sich die Angeschuldigte gar nicht bekümmert haben. Allein der Vertheidiger führte (...) sehr treffend aus, daß dieser ihrer Behauptung ganz und gar nicht zu glauben sei, vielmehr zusammentreffende Gründe für das gerade Gegentheil sprechen, und zwar namentlich: das (...) über sie im Umlauf gewesene Gerücht, daß sie täglich die Paulskirche besucht habe, ihr Zugeständniß am Sonntag (17. Sept.) auf der Pfingstwaide bei den Reden von Zitz und Genossen anwesend gewesen zu sein.“¹⁵ Die Beschäftigung von Frauen mit Politik im Kontext der Revolution von 1848 konnte also strafverschärfend wirken.

ORTE DES HANDELNS: VEREINE UND FESTE

Vereine, gesellschaftliche Zusammenschlüsse und Parteien waren sowohl im Vorfeld als auch während und nach der Revolution wichtige politische Orte. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, dass auch Frauen während der Revolution Vereine gründeten. Einer der wichtigsten und bekanntesten dürfte der von Kathinka Zitz gegründete Mainzer Frauenverein *Humania* gewesen sein. Der Verein wollte politisch Verfolgte unterstützen, Verwundete pflegen und Geld sammeln, um weitere Waffen zu kaufen. Trotz und vielleicht auch gerade wegen dieses klar politischen Programms war die Beteiligung an der Gründungsversammlung am 17. Mai 1848 enorm. Viele Frauen fühlten sich angesprochen, vermutlich auch deshalb, weil Zitz es verstand, ihnen eine Möglichkeit aufzuzeigen, die Revolution zu unterstützen, ohne ihren angestammten Platz in der Gesellschaft völlig auf-

¹⁰ Vgl. z.B. Susanne Asche, *Hinter schwarz-rot-gelben Tüchern – Die Bedeutung der Frauen in der Revolution 1848/49*, in: Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hrsg.), *1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden*, Baden-Baden 1998, S. 332–339.

¹¹ Vgl. z.B. Monica Marcella-Müller (Hrsg.), *Frauenrechte sind Menschenrechte! Schriften der Lehrerin, Revolutionärin und Literatin Amalie Struve*, Herbolzheim 2002, S. IX ff.

¹² Rüdiger Hachtmann, „...nicht die Volksherrschaft auch noch durch Weiberherrschaft trüben“ – Der männliche Blick auf die Frauen in der Revolution von 1848, in: *Werkstatt Geschichte* 20/1998, S. 5–30, hier S. 25.

¹³ Zit. nach Andreas Franke, *Henriette Zobel, geb. Pfaff (1813–um 1865)*, 2015, www.frankfurterfrauenzimmer.de/ep10-detail.html?bio=da.

¹⁴ Christian Reinhold Köstlin, *Auerswald und Lichnowsky. Ein Zeitbild, nach den Akten des Appellations-Gerichtes zu Frankfurt am Main. Mit Genehmigung dieses h. Gerichtshofes*, Tübingen 1853.

¹⁵ Ebd., S. 197.

geben zu müssen, da die Ziele des Vereins mit der bürgerlichen Frauenrolle in Einklang zu bringen waren. Trotzdem sprach Zitz Frauen als Staatsbürgerinnen an und machte ihnen ihre politische Rolle in diesen Zeiten klar. Ihr ging es „vorrangig um einen weiblichen Zusammenschluss, der den Bürgerinnen bei der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Pflichten helfen, ihnen aber auch ein Engagement in der Revolution ermöglichen sollte. Auf diese Weise wollte sie die Frauen befähigen, nicht nur ihre Pflichten als Hausfrau, Mutter und Ehefrau zu erkennen und zu erfüllen, sondern auch diejenigen als ‚Bürgerin‘ und ‚Vaterlandsfreundin‘.“¹⁶ Der Gründung in Mainz folgten weitere Frauenvereinsgründungen, so in Kastel, Alzey, Bonn, Darmstadt, Frankfurt am Main und Worms.¹⁷

Durch diese Vereinsgründungen eroberten Frauen den öffentlichen Raum. Sie überschritten damit die ihnen zugesprochene Sphäre und begannen, als Staatsbürgerinnen zu handeln. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Erfahrung bei einigen der Frauen dazu führte, dass sie sich auch in den zahlreichen Frauenvereinen engagierten, die ab den 1860er Jahren entstanden.

Eine weitere Möglichkeit, sich für die Revolution zu engagieren und das bestehende Geschlechterverhältnis zu akzeptieren, boten die ausgesprochen beliebten Fahnenweihen. Dabei stickten die meist bürgerlichen Frauen für die überall entstehenden Bürgerwehren Fahnen, die diesen dann in feierlichen Prozessionen überreicht wurden. Die Organisation lag dabei vollständig in den Händen von Frauen, wobei sich ihnen „für ein paar Stunden Türen zu Räumen [öffneten], die lange der bürgerlich-männlichen Öffentlichkeit vorbehalten gewesen waren“, etwa Rathäuser oder Bürgergesellschaften.¹⁸ Auch hierbei lernten Frauen das Agieren in der Öffentlichkeit kennen und schätzen. Zusätzlich konnten sie sich mit Schwestern im Geiste vernetzen und damit die Grundvoraussetzung für weitere politische Frauenarbeit schaffen.

16 Derja Özdemir, Die „Beschützerin aller Demokraten“. Kathinka Zitz (1801–1877) und die Revolution von 1848/49, in: *Ariadne* 79/2023 (i. E.).

17 Vgl. Stanley Zucker, *Kathinka Zitz-Halein and Female Civic Activism in Mid-Nineteenth-Century Germany*, Carbondale–Edwardsville 1991, S. 133.

18 Tamara Citovics, *Bräute der Revolution und ihre Helden. Zur politischen Funktion des Fahnenstickens*, in: Carola Lipp (Hrsg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Baden-Baden 1986, S. 339–352, hier S. 342.

Bei den feierlichen Fahnenübergaben, die meistens nach dem Morgengottesdienst stattfanden, holten die Bürgerwehren die Frauen von einem zentralen Gebäude ab, beispielsweise vom Rathaus, und gemeinsam marschierte die Gruppe zum Festplatz. Dabei waren die Frauen mit schwarz-rot-goldenen Bändern geschmückt und nahmen auf dem Festplatz besondere Ehrenplätze ein. Der Höhepunkt war dann die feierliche Übergabe der Fahne und der Treueschwur auf diese, der vor den Augen der anwesenden Frauen abgelegt wurde. Darin verpflichteten sich die Männer der Bürgerwehr, das Vaterland, die Nation und die Freiheit zu verteidigen und die Frauen zu beschützen. Hierbei wurde das Geschlechterverhältnis „von weiblicher Ehre und männlichem Schutz“ festgeschrieben.¹⁹ Viele Frauen identifizierten sich bei diesen Feiern mit den nationalen Zielen der Revolution. Sie versuchten, sich – gemäß ihrer festgeschriebenen Rolle – politisch selbstständig einzubringen und unterstützten so den Willen zur Veränderung. Allerdings stabilisierten sie durch dieses Engagement auch das Geschlechterverhältnis, das Frauen aus dem öffentlich-politischen Raum ausschloss.

ORTE DES SCHREIBENS: ZEITUNGEN, BRIEFE, ERLEBNISBERICHTE

Die revolutionären Erhebungen der 1830er und vor allem der 1840er Jahre sind ohne die Entwicklung einer freieren Presselandschaft nicht denkbar. Und so steht neben der Forderung nach einer Verfassung, nach Vereins- und Versammlungsfreiheit vor allem die Idee der Pressefreiheit. Der Historiker Günter Wollstein geht von rund 1700 Zeitungen aus, die die revolutionären Umbrüche begleiteten, kommentierten und befeuerten. Dabei waren diese Blätter sehr unterschiedlich, von sehr großen auflagenstarken Organen bis hin zu „improvisierten Blättern mit wenigen Erscheinungsnummern“.²⁰ Bei der Einschätzung darüber, wie einflussreich sie waren, muss bedacht werden, dass das Lesen vor allem in der Öffentlichkeit stattfand. Die Blätter zirkulierten in Lesegesellschaften, Lesehallen und auch in Kneipen; Maueranschläge wurden teilweise laut vorgelesen, sodass auch Analphabet:innen, die in der damaligen Be-

19 Ebd., S. 347.

20 Günter Wollstein, *Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit*, 2006, www.bpb.de/9885.



Louise Otto, ca. 1848, Lithografie nach einer Zeichnung von Hermann Schröter

Quelle: Stadt Leipzig – Leipziger Städtische Bibliotheken

völkerung geschätzt etwa 20 Prozent ausmachten, mit den neuen Inhalten vertraut waren.

In dieser Medienrevolution kam es sowohl zum Aufbruch von Frauen als Herausgeberinnen eigener Zeitungen als auch zu Debatten um die Frauenfrage in der allgemeinen Presse. Das bekannteste Beispiel einer solchen Debatte ist in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ nachzulesen.²¹ 1843 reagierte die damals bereits bekannte Louise Otto auf einen dort erschienenen Artikel des Demokraten und Publizisten Robert Blum, der in seinem Beitrag „Über die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“ nach der politischen Partizipation von Frauen fragte und sich von seinen Lesern und Leserinnen wünschte, darüber in der Zeitschrift zu debattieren. Neben Louise Otto, die sich für eine selbstverständliche Teilnahme von Frauen am Staatsleben aussprach und damit auch das Frauenwahlrecht meinte, antworteten noch andere Frauen und ein Mann, meist

anonym, die sich ebenfalls für ein politisches Engagement von Frauen aussprachen. Daraus ist zu folgern, „daß Frauen die politische Aufbruchstimmung im Vormärz nutzten und sich in den öffentlichen Kommunikationsprozeß einmischten“.²²

Noch deutlicher wird diese weibliche Einmischung, wenn man die vier eigenständigen Frauenzeitschriften dieser Zeit bedenkt.²³ Diese waren die „Frauen-Zeitung“ von Mathilde Franziska Anneke, die im September 1848 das erste Mal erschien und nur zwei Nummern umfasste; ferner „Der Freischärler“, herausgegeben von Louise Aston, der es 1848 immerhin auf sechs Nummern brachte; die „Soziale Reform“ von Louise Dittmar, die zwischen Januar und April 1849 erschien; und schließlich die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto, die zwischen 1849 und 1852 erscheinen konnte. In Letzterer publizierten übrigens auch Männer. Louise Otto begründete dies damit, dass es nicht darum gehen könne, ein Blatt nur für Schriftstellerinnen aufzubauen. Vielmehr gelte es, Frauenrechte zu verteidigen, und dies könne tun, „wer es will und kann“.²⁴ Diese Briefpassage, die Otto vermutlich zu Beginn des Jahres 1848 an den Schriftsteller Julius Schanz schrieb, verdeutlicht sehr gut, dass für sie politische und gesellschaftliche Frauenrechte ein selbstverständlicher Teil der liberalen Forderungen der Vormärzzeit und der Revolution waren. Sie setzte zuversichtlich auf die Unterstützung von liberalen und fortschrittlichen Männern – eine Unterstützung, die jedoch nicht immer gewährt wurde.

Die Frauenzeitungen der 1840er und beginnenden 1850er Jahre wurden alle verboten. Bis auf die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto konnten sie nur wenige Nummern lang erscheinen, bevor sie eingestellt werden mussten oder die Herausgeberinnen durch Ausweisung oder Flucht an der weiteren Veröffentlichung gehindert wurden. Trotzdem sind diese Publikationen wichtige Zeugnisse eines erwachenden weiblichen politischen Bewusstseins. Durch ihre Mitarbeit an diesen frühen Zeitschriften hatten Frauen „einen der wichtigsten Schritte auf dem Weg zu ihrer Selbstbestimmung“ getan. „Sie schufen sich nicht nur durch die Forcierung ihrer Bildung und die damit verbundene Vereinsbewegung neue Handlungsräume, son-

²¹ Siehe Ulla Wischermann, „Das Himmelskind, die Freiheit – wir ziehen sie gross zu Haus“. Frauenpublizistik im Vormärz und in der Revolution von 1848, in: Elke Kleinau/Claudia Opitz (Hrsg.), *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Bd. 2, Frankfurt/M.–New York 1996, S. 35–50.

²² Zit. nach ebd., S. 39.

²³ Ausführlich zu diesen vier Publikationen Freund (Anm. 4), S. 25–186.

²⁴ Zit. Nach Ludwig (Anm. 1), S. 196.

dern ihre Freiheit begann bereits mit der aktiven Beteiligung an der ‚Frauen-Zeitung‘.“²⁵

Eine besonders spannende Quelle sind die nachträglichen Berichte der Zeitgenoss:innen, die damit begannen, das Bild der Revolution zu prägen. Unter ihnen waren auch Frauen. Vor allem Emma Herwegh, Amalie Struve und Mathilde Franziska Anneke sind hier zu nennen. Wie viele der liberalen Männer auch, versuchten Frauen in diesen Werken ihr Engagement zu rechtfertigen. So geht es Emma Herwegh in ihrer Schrift vorzugsweise darum, die Entscheidungen ihres Mannes Georg, der Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Legion war und mit einer kleinen bewaffneten Gruppe im April 1848 den Heckerzug unterstützen wollte, zu erklären und den von konterrevolutionärer Seite „verfälschenden“ Darstellungen entgegenzutreten: „daß es mir im Interesse der Wahrheit nicht unwichtig scheint, die Sache in ihrem rechten Lichte hinzustellen, so wies eben nur der vermag, der wie ich vom Anfang bis zum Schluß dem ganzen Unternehmen Schritt für Schritt mit Sympathie und thätiger Theilnahme gefolgt ist“.²⁶ Sie agiert hier „typisch“ weiblich, stützt und stärkt ihren Mann, nimmt sich selbst zurück und stellt ihr eigenes Dabeisein beim bewaffneten Feldzug nicht in den Vordergrund. Die weibliche Charaktereigenschaft der Unterstützung des geliebten Mannes wurde auch in ihren Nachrufen präsentiert, etwa im „Neues Wiener Journal“, in dem 1904 anlässlich ihres Todes eine Passage aus den Erinnerungen des Otto von Corvin zitiert wurde, der zusammen mit den Herweghs das Gefecht bei Dossenbach erlebt hatte. „Für sich fürchtete, für sich sorgte sie nie, nur für ihren Mann, den sie mit außerordentlicher Zärtlichkeit liebte und auf dessen Talent und Ruf sie mit Recht stolz war.“²⁷

Die Liebe zu einem Revolutionär war das zeitgenössische Argument, sich das politische Handeln von Frauen zu erklären. Es ist spannend zu sehen,

25 Anna Stadelmann, „Helft mir [...] zunächst durch diese Zeitung zu wirken!“ Die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto, in: Johanna Ludwig/Gerlinde Kämmerer/Susanne Schötz (Hrsg.), Louise Ottos Frauen-Zeitung im Kontext von Frauenpresse und Frauenbewegung, Leipzig 2010, S. 12–27.

26 Horst Brandstätter (Hrsg.), Emma Herwegh: Im Interesse der Wahrheit. Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris von einer Hochverräterin. Nach dem unzensurierten Handexemplar der Autorin, Konstanz 1998, S. 8.

27 Zit. nach Emma Herwegh, in: Neues Wiener Journal, 31.3.1904, S. 3.



Emma Herwegh, ca. 1840, Radierung von Friederike Emilie Auguste O'Connell, geb. Miethe

Quelle: Marcel Herwegh (Hrsg.), Georg Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut, Stuttgart 1906, S. 114a; Archiv der deutschen Frauenbewegung.

dass dies sogar von der unerschrockenen Revolutionärin Emma Herwegh in ihren Erinnerungen selbst vorgebracht wurde. Mit dieser Diskursfigur „unterschätzte oder verkannte sie (...) die Bedeutung einer spezifisch weiblichen Interessenvertretung (...). [Sie] vertrat damit im Grunde eine Position, mit der sie zwar ihrem partnerschaftlichen Ideal von den Geschlechterbeziehungen verhaftet blieb (...), aber eine Verrechtlichung der weiblichen Gleichstellung offenbar nicht, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt, in Erwägung zog.“²⁸

Mit dieser Literatur eng verbunden sind die teilweise publizierten Briefe, die die Achtundvierziger in einem ausgefeilten Netzwerk miteinander verband. Briefe waren „das geeignetste Kommunikationsmittel zwischen den versprengten Achtundvierzigern, zumal sie häufig nicht weiter an ihren Heimat- oder ursprünglichen politischen Wirkungsorten leben konnten, sondern inhaftiert waren, sich versteckten, innerhalb des Deutschen Bundes in liberalere Staaten ausgewichen waren

28 Freund (Anm. 4), S. 334f.

oder in die Nachbarländer Schweiz, Frankreich oder Belgien emigriert und von dort meist weiter nach Großbritannien und in die USA vertrieben worden waren“.²⁹ Wenn man sich den hinterlassenen Briefen von Frauen zuwendet, die noch weit weniger erforscht sind als die der Männer, ist es interessant zu sehen, dass darin nicht zwischen „öffentlich“ und „privat“, zwischen Geschäftsbrief oder Privatbrief und auch nicht zwischen „öffentlicher Person“ und „privater Person“ unterschieden wird. Allerdings werden hier auch keine reinen Freundschaftsbriefe ausgetauscht. Vielmehr werden alle Bereiche miteinander verbunden und dezidiert politische Positionen verhandelt.

Exemplarisch kann dies an den Briefen der Frankfurterin Clotilde Koch-Gontard gezeigt werden, die 1969 herausgegeben wurden.³⁰ In diesen Briefen beschrieb die Unternehmerrgattin und politische Saloniere ihr leidenschaftliches Engagement für die Paulskirche. Sie hatte den „Deidesheimer Kreis“ kennen gelernt, in dem führende Vertreter des rheinisch-südwestdeutschen Liberalismus und der deutschen Einheitsbewegung zusammengeschlossen waren. Neben sehr dezidierten politischen Stellungnahmen, die sie als Besucherin der Paulskirche abgab, schilderte sie in diesen Briefen auch den Haushalt, den Gesundheitszustand von Familienangehörigen oder andere scheinbar „private“ Angelegenheiten. Dass diese Passagen lange nicht als das erkannt wurden, was sie sind, nämlich der gesellschaftliche „Klebstoff“, der die Beziehungen der Protagonist:innen zusammenhielt, zeigt die Tatsache, dass sie nicht wortgetreu in die Briefsammlung aufgenommen wurden, sondern zusammengefasst: „Familienverhältnisse Gagerns; Ausflug nach Eppstein; Besuch in Hornau; dankt für Pflirsiche und Trauben“.³¹ Diese Auslassungen verkennen aber auch lebenspraktische Bezüge, die für jede Art von (politischer) Handlung zwingend notwendig sind, etwa die Frage nach Unterbringung und Verpflegung. Im Hause Koch-Gontard

wohnte fast der gesamte Deidesheimer Kreis und wurde hier auch verpflegt. Damit wurde praktische Politik in Frankfurt für diese Männer möglich – durch eine Frau, die sich und ihre Familienressourcen in den Dienst der Revolution stellte. Dies tat sie aus Überzeugung als Demokratin, obwohl sie selbst immer wieder darüber reflektierte, dass es ihr eigentlich nicht zustehe, sich politisch zu engagieren. So schreibt sie am 22. März 1848 an Karl Mittermaier: „Jetzt weniger als jemals noch mag ich meine Stellung in dieser Beziehung begreifen, und es macht mir recht viel Mühe, die Küche als den Hauptschauplatz meiner Tatkraft anzusehen.“ Oder am 20. Juni 1848 an Josefine Buhl: „Ich habe es in den letzten Zeiten recht schmerzlich empfunden, nur eine Frau sein zu müssen, die das Zusehen hat, und doch mit Gefühl und Tatkraft im Leben begabt ist.“³²

VORBEREITUNG DER ORGANISIERTEN FRAUENBEWEGUNG

Nicht viele Frauen standen 1848 auf den Barrikaden, nahmen ein Gewehr in die Hand oder schlangen den Regenschirm. Nicht viele gaben Zeitungen heraus, schrieben Erinnerungen oder beteiligten sich am Briefnetzwerk der Achtundvierziger. Und auch nicht alle gründeten Vereine, sammelten Geld für die Hinterbliebenen oder stickten Fahnen für den Freiheitszug. Aber es gab sie, sie waren öffentlich wahrnehmbar, über sie wurde – bewundernd oder ablehnend – gesprochen, und sie zeigten deutlich auf, dass es viele Wege gab, sich politisch zu engagieren. Die Erfahrungen, die diese Frauen in der Revolution von 1848 machten, trugen reichlich Früchte. Denn in den 1860er Jahren gründete die ehemalige Revolutionärin Louise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Frauenverein und stieß damit die organisatorische Phase der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung an. Überspitzt gesagt: Das vielfältige weibliche Engagement in den 1840er Jahren hatte die Gründung der Frauenbewegung vorbereitet – der Kampf um die weibliche Seite der Demokratie ging in eine neue Runde.

KERSTIN WOLFF

ist promovierte Historikerin und leitet die Forschungsabteilung im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel.

wolff@addf-kassel.de

²⁹ Christian Jansen, Briefnetzwerke von Achtundvierzigern nach dem Scheitern der Revolutionen, in: Marie Isabel Matthews-Schlinzig et al. (Hrsg.), *Handbuch Brief. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, Berlin 2020, S. 1267–1273, hier S. 1267.

³⁰ Clotilde Koch-Gontard an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843–1869, bearbeitet von Wolfgang Klötzer, Frankfurt/M. 1969.

³¹ Ebd., S. 69.

³² Ebd., S. 57, S. 64.

DEUTSCHE „FORTY-EIGHTERS“ IN DEN USA

Heike Bungert

Die deutschen Achtundvierziger*innen, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848 in die USA auswanderten, die sogenannten Forty-Eighters, wurden lange insbesondere unter Deutschamerikaner*innen glorifiziert, also unter in die USA eingewanderten Deutschen und deren Nachkommen bis etwa zur dritten Generation. Seit den 1990er Jahren beschäftigen sich Historiker*innen wieder verstärkt mit dem Thema. Biografien über Persönlichkeiten wie Friedrich Hecker, Gustav Struve, Mathilde Franziska Anneke, Carl Schurz oder Franz Sigel sind erschienen.⁰¹ In jüngster Zeit wendet sich das Interesse verstärkt vergleichenden und/oder transnationalen Perspektiven zu.⁰² Alle Forscher*innen kommen zu dem Schluss, dass die „Forty-Eighters“ eine weit über ihre geringe numerische Anzahl hinausgehende Rolle sowohl in der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft als auch bei der Bildung einer deutschamerikanischen Ethnizität gespielt haben, urteilen dabei aber differenzierter als ihre Vorgänger*innen.

DEUTSCHE MIGRATION IN DIE USA 1848–1860

Vier- bis zehntausend der weit über eine Million Deutschen, die zwischen 1848 und 1860 in die USA migrierten, waren Forty-Eighters im engen Sinne, also politische Flüchtlinge.⁰³ Eine Reihe weiterer Deutscher wanderte aus einer Mischung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen wie der Einschränkung der Berufswahl aus, die man ebenfalls zu den Forty-Eighters zählen kann.⁰⁴ 1848 war zudem ein indirekter Auslöser für viele weitere Menschen, aufgrund der Unsicherheit nach der erfolglosen Revolution länger gehegte Auswanderungspläne in die Tat umzusetzen. Waren 1847 noch 80 000 Menschen aus den deutschen Staaten in die USA ausgewandert und 1848/49 etwas über 60 000, stieg ihre Zahl 1850 auf 83 000, 1852 auf 176 000 und 1854 auf einen

Höhepunkt von 239 000.⁰⁵ Die Migrant*innen waren Teil der zweiten Auswanderungswelle von Deutschland in die USA, die zwischen 1815 und 1865 vor allem selbstständige Bauern und Handwerker aus dem (Süd-)Westen des Deutschen Bundes, wo das geltende Realerbteilungsrecht die Höfe in nicht mehr wirtschaftliche Kleinstflächen aufteilte, in die USA brachte.

Während Deutschland unter Überbevölkerung insbesondere auf dem Lande litt und die beginnende Industrialisierung die wirtschaftliche Existenz selbstständiger Handwerker erschwerte, wurden in den USA dringend Arbeitskräfte gesucht, und Land war – nach der Vertreibung indigener Nationen – relativ kostengünstig zu erwerben. Nicht nur für politische Flüchtlinge waren die demokratische Regierungsform der USA und die mythisierte „Freiheit“ attraktiv. Zudem gab es keine Einwanderungsbeschränkungen. Über diese Bedingungen waren Auswanderungswillige gut informiert – durch die Auswanderungswerbung junger US-Bundesstaaten sowie durch Auswanderungsratgeber und Briefe bereits Ausgewanderter. Ab 1835 gingen daher 80 bis 90 Prozent aller deutschen Emigrant*innen in die Vereinigten Staaten.

Deutsche, die zwischen 1848 und 1860 auswanderten, siedelten vor allem in New York, New Jersey oder Pennsylvania und im Mittleren Westen, um meist in der Landwirtschaft, als Bäcker, Metzger, Brauer, Zigarrenmacher oder Schneider tätig zu sein.⁰⁶ Handwerker fanden sich auch unter den häufig jungen, männlichen Forty-Eighters. Vor allem aber kamen viele Akademiker – Journalisten, Lehrer und Anwälte – sowie Künstler. Viele hatten im Lauf ihres Lebens in den USA verschiedene Berufe inne. Einige versuchten sich in der Landwirtschaft, wo sie aufgrund ihrer Bildung *latin farmers* genannt wurden.

Eine Reihe Forty-Eighters war zuerst ins Exil nach England, Frankreich oder in die Schweiz geflohen, in der Hoffnung, von Nachbarländern aus

die politischen Verhältnisse im Deutschen Bund ändern beziehungsweise nach Deutschland zurückkehren zu können. Frustriert oder ausgewiesen, kamen sie in den frühen 1850er Jahren in die USA. Einige waren aus Gefängnissen im Deutschen Bund unter der Voraussetzung entlassen worden, dass sie in die USA auswanderten. Einige ebenfalls unter dem Sammelbegriff „Forty-Eighters“ gezählte Männer hatten bereits in den USA gelebt und waren für die Revolution kurzzeitig in den Deutschen Bund zurückgekehrt. Die meisten Forty-Eighters in den Vereinigten Staaten waren auch über das deutschamerikanische Umfeld hinaus in den USA tätig.

POLITISCHES UND MILITÄRISCHES ENGAGEMENT

Im Gegensatz zur Mehrheit der deutschamerikanischen Migrant*innen engagierten sich viele Forty-Eighters in der US-Politik. Während ein Großteil der Deutschamerikaner die Demokratische Partei wählte, weil die Republikanische Partei tendenziell gegen Einwanderung, gegen jeglichen Alkohol-

01 Vgl. Sabine Freitag, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998; Ansgar Reiß, Radikalismus und Exil. Gustav Struve und die Demokratie in Deutschland und Amerika, Stuttgart 2004; Susan L. Piepke, Mathilde Franziska Anneke, New York 2006; Hans L. Trefousse, Carl Schurz. A Biography, New York 1998; Stephen D. Engle, Yankee Dutchman. The Life of Franz Sigel, Fayetteville AR 1993.

02 Vgl. Steffen Wiegmann, Transnationale Perspektiven im 19. Jahrhundert. Studien zum Identitätsbewusstsein politisch motivierter deutscher Auswanderer in die USA, Frankfurt/M. 2014; Heléna Tóth, An Exiled Generation. German and Hungarian Refugees of Revolution, 1848–1871, Cambridge 2014; Alison Eford, German Immigrants, Race, and Citizenship in the Civil War Era, New York 2013; Mischa Honeck, We Are the Revolutionists. German-Speaking Immigrants and American Abolitionists after 1848, Athens GA 2011; Heike Bungert, Festkultur und Gedächtnis. Die Konstruktion einer deutschamerikanischen Ethnizität, 1848–1914, Paderborn 2016.

03 Vgl. Robert K. Barney, Forty-Eighters and the Rise of the Turnverein Movement in America, in: George Eisen/David K. Wiggins (Hrsg.), Ethnicity and Sport in North American History and Culture, Westport CT 1994, S. 19–42, hier S. 21.

04 Vgl. Bruce C. Levine, The Spirit of 1848. German Immigrants, Labor Conflict, and the Coming of the Civil War, Urbana IL 1992.

05 Vgl. Theodore S. Hamerow, The Two Worlds of the Forty-Eighters, in: Charlotte L. Brancaforte (Hrsg.), The German Forty-Eighters in the United States, New York 1989, S. 19–35, hier S. 21.

06 Vgl. Kathleen N. Conzen, Germans, in: Stephan Thernstrom et al. (Hrsg.), The Harvard Encyclopedia of American Ethnic Groups, Cambridge MA 1980, S. 405–425.

konsum und für eine strikte Sonntagsruhe stand und viele deutschamerikanische Wähler mit einem Republikanischen Präsidenten Bürgerkrieg und Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt durch freigelassene Sklav*innen befürchteten, engagierten sich die meisten Forty-Eighters für die Republikanische Partei, die sich 1854 gründete. In der Fortführung ihres Kampfes für Freiheit wollten sie gegen eine Ausbreitung der Sklaverei arbeiten, auch um allen die Chance zu geben, durch „freie Arbeit“ sozial aufzusteigen. Dem Einfluss der Forty-Eighters verdankte es die Republikanische Partei, dass langsam mehr Deutschamerikaner sie wählten, weil diese einerseits unter deutschen Migrant*innen für die Republikaner warben und andererseits innerhalb der Partei für ein weniger ausländerfeindliches Programm kämpften. Dies war insbesondere in Gebieten wichtig, in denen Deutschamerikaner*innen konzentriert waren. Versuche einiger Forty-Eighters, eine eigene Partei auf der Basis von deutschem Radikalismus und US-amerikanischer Unabhängigkeitserklärung zu gründen, kamen nie über Gedankenexperimente hinaus. Während des Bürgerkrieges schlossen sich viele Forty-Eighters der radikalen Fraktion der Republikaner mit ihrem Präsidentschaftskandidaten John Frémont an, weil sie sich ein entschiedeneres Engagement für die Abschaffung der Sklaverei wünschten.

Viele Forty-Eighters kämpften im amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 für den Norden und damit für den Erhalt der nationalen Einheit des Landes, das sie aufgenommen hatte. Teils konnten sie ihre militärische Erfahrung aus dem Deutschen Bund oder spezifisch aus der Revolution von 1848 nutzen. 50 bis 60 Prozent der meist bereits an Waffen ausgebildeten Anhänger der Turner-Bewegung meldeten sich zum Dienst in der Unionsarmee, teils in separaten Regimenten, wie dem 5. Wisconsin Freiwilligen Regiment der Turner-Schützen aus Milwaukee oder dem 20. New Yorker Freiwilligen Regiment, dem „Turner-Regiment“.⁰⁷ Drei von sechs im Ausland geborenen Generalmajoren der Unionsarmee – der höchste Rang unter dem Generalleutnant Ulysses Grant – waren deutsche Achtundvierziger.

Franz Sigel war Leutnant in der badischen Armee gewesen und hatte aufgrund seiner libera-

07 Vgl. Horst Ueberhorst, Turner unterm Sternenbanner, München 1978; Wolfgang J. Helbich/Walter D. Kamphoefner (Hrsg.), Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg. Briefe von Front und Farm 1861–1865, Paderborn 2002.

len Ansichten 1847 seinen Abschied genommen. Er hatte sich 1848/49 in der Revolution in Baden engagiert und war über die Schweiz und England 1851 in die USA geflohen, wo er in New York und St. Louis als Mathematiklehrer arbeitete. Er war der beliebteste deutschamerikanische Kommandeur im Bürgerkrieg, und deutschamerikanische Soldaten meldeten stolz: „I fights mit Sigel.“⁰⁸ Obwohl er nicht sonderlich erfolgreich war – aus Unfähigkeit, Pech, wegen seiner schwierigen Persönlichkeit oder aufgrund von Vorurteilen –, erreichte er 1862 den Rang eines Generalmajors, auch weil Deutschamerikaner Druck ausübten. Nach dem Krieg erhielt er kleinere politische Ämter.

Carl Schurz, der ebenfalls in der badischen Revolution gekämpft hatte und in den USA als Anwalt und Politiker tätig war, bat von einem diplomatischen Posten in Spanien aus, den er aufgrund seiner Bemühungen für die Republikanische Partei und seiner Beziehungen zu Abraham Lincoln erhalten hatte, um einen militärischen Einsatz. Obwohl er nie Berufssoldat gewesen war, wurde er aus politischen Gründen 1862 Brigadegeneral und 1863 Generalmajor.

Peter Joseph Osterhaus hatte eine Militärakademie in Berlin besucht, in einem Infanterieregiment gedient und arbeitete nach seiner Flucht aufgrund seiner Teilnahme an der badischen Revolution in St. Louis als Buchhalter. Er trat der Armee als Gemeiner bei und wurde aufgrund seiner Erfolge 1862 Brigadegeneral und 1864 Generalmajor. Nach dem Krieg war er jahrelang Konsul in Lyon und Mannheim.

Brigadegeneräle wurden Alexander Schimmelfennig und Ludwig Blenker, beide im Deutschen Bund professionelle Soldaten, sowie Friedrich Salomon. Blenker hatte ein eigenes Regiment aufgestellt, dessen Oberst er wurde, Salomon diente im Regiment seines Bruders Carl als Hauptmann und organisierte auf Bitten seines Bruders Edward, der Gouverneur von Wisconsin war, ein eigenes Regiment. Friedrich Hecker wurden nacheinander zwei Regimenter deutscher Soldaten angeboten, er wurde Oberst.

Wie manche dieser Beispiele illustrieren, machten einige Forty-Eighters erfolgreiche Karriere in der US-Politik. Neben Gouverneur Edward Salo-

mon oder den diplomatischen Posten für Schurz und Osterhaus galt dies auch für Lorenz Brentano, der sowohl im Badener als auch im Frankfurter Parlament gesessen und nach seiner Emigration in die USA als *latin farmer* sowie anschließend erfolgreich als Journalist gearbeitet hatte. Er wurde 1862 ins Parlament von Illinois gewählt und war von 1877 bis 1879 Kongressabgeordneter. Friedrich Hedde hatte einer Gruppe deutscher Landwirte, die aus der Forty-Eighters-Hochburg Davenport in Iowa migriert waren, beim Aufbau der Stadt Grand Island in Nebraska geholfen, indem er seine Kenntnisse des Englischen und des US-amerikanischen Rechts einbrachte, und wurde als Republikaner ins Parlament von Nebraska gewählt.

Das Paradebeispiel für erfolgreiche Forty-Eighters in den USA ist Carl Schurz. Nach seiner diplomatischen und militärischen Karriere war er von 1869 bis 1875 Senator für Missouri und von 1877 bis 1881 US-Innenminister. Er engagierte sich für eine Reform des öffentlichen Dienstes, um Einstellungen und Beförderungen nach Fähigkeiten statt aufgrund von Patronage vorzunehmen, sowie für Naturschutz und eine etwas weniger gewaltsame Politik gegenüber den indigenen Nationen.

Radikalere Forty-Eighters engagierten sich in der Arbeiterbewegung. So beeinflussten Friedrich A. Sorge und Wilhelm Weitling die frühe sozialistische Bewegung mit Ideen von Arbeiterkooperativen und einer Gewerbetauschbank. Joseph Weydemeyer vereinte in seinem Arbeiterbund Gewerksvereine, Turner und Sozialreformer, die freies Siedlungsland im Westen verlangten, und forderte den Zehn-Stunden-Tag und das Verbot von Kinderarbeit. Deutsche Migrant*innen in New York stellten bis zur Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder. Insbesondere als der US-amerikanische Westen 1854 mit dem Kansas-Nebraska-Gesetz nicht länger als sklavereifreies Gebiet und Option für eine mögliche Migration zur Verfügung zu stehen schien, arbeiteten radikalere Forty-Eighters mit der Republikanischen Partei zusammen, bis diese ab den 1870er Jahren ihr Interesse an „freier Arbeit“ und preiswertem Land im Westen verlor.⁰⁹

⁰⁹ Die Zusammenarbeit zwischen der Republikanischen Partei und den Forty-Eighters ließ nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 allgemein nach, als diese ihre Konzepte von Staatsbürgerschaft und Gleichheit – bei kultureller Überlegenheit der Deutschen – weitgehend überholten und verstärkt für eine biologische Definition einer ethnisch-kulturellen Staatsbürgerschaft eintraten, also ihr Interesse an Afroamerikaner*innen aufgaben. Vgl. Efford (Anm. 2).

⁰⁸ Zit. nach Ella Lonn, *The Forty-Eighters in the Civil War*, in: Adolf E. Zucker (Hrsg.), *The Forty-Eighters. Political Refugees of the German Revolution of 1848*, New York 1950, S. 182–220, hier S. 187.

Mathilde Franziska Anneke, die in der Revolution von 1848 aktiv gewesen war, trat für direkte Demokratie und Sozialismus ein. Sie wirkte 1876 bei der Gründung der ersten sozialistischen Organisation deutschamerikanischer Frauen in Milwaukee mit. Zudem engagierte sie sich für Frauenrechte und beteiligte sich 1869 an der Etablierung der Wisconsin Woman Suffrage Association.

Aus dem Kreis der Forty-Eighters gingen auch weitere erfolgreiche Einzelpersonlichkeiten hervor, weniger in der Wirtschaft als in den (Natur-)Wissenschaften. Von den 310 Namen aus Adolf Zuckers kleiner Biografie der Forty-Eighters sind 18 in der „American National Biography“ zu finden,¹⁰ darunter fünf Wissenschaftler und Ingenieure: John Maisch war Apotheker und Pharmazieprofessor, Christian Peters Astronomieprofessor, Charles Anthony Schott Landvermesser und Geophysiker. Rudolf Eickemeyer erfand und baute Maschinen, Albert Fink konstruierte Eisenbahnbrücken und setzte sich für die Fusionierung von Eisenbahngesellschaften ein.¹¹

Nicht alle Forty-Eighters hatten in den USA Erfolg. Einige kehrten nach Deutschland zurück – manche, weil sie in ihrem Beruf in den USA nicht Fuß fassen konnten, andere, weil sie ihre Karriere in Deutschland fortsetzen wollten, besonders nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Von zwölf Forty-Eighters aus Ostwestfalen kehrte beispielsweise die Hälfte in die Heimat zurück, insgesamt scheinen etwa zehn Prozent zurückgekehrt zu sein.¹²

ENGAGEMENT IM DEUTSCHAMERIKANISCHEN UMFELD

Forty-Eighters hatten überproportional großen Einfluss unter Deutschamerikaner*innen: durch

¹⁰ Vgl. Adolf Zucker, *Biographical Dictionary of the Forty-Eighters*, in: ders. (Anm. 8), S. 269–357.

¹¹ Vgl. James M. Bergquist, *The Forty-Eighters. Catalysts of German-American Politics*, in: Elliot Shore/Frank Trommler (Hrsg.), *The German-American Encounter. Conflict and Cooperation Between Two Cultures, 1800–2000*, New York 2001, S. 22–36, hier S. 22.

¹² Vgl. Monika Minninger, *Ostwestfälische Vormärz-Flüchtlinge und Forty-Eighters in Nordamerika*, in: Johannes Altenberend (Hrsg.), *Ein Haus für die Geschichte, Bielefeld 2004*, S. 317–340, hier S. 339; Ulrich Klemke, „Eine Anzahl überflüssiger Menschen“. Die Exilierung politischer Straftäter nach Übersee, *Vormärz und Revolution 1848/49*, Frankfurt/M. 1994, S. 207.

ihre bildungspolitischen Reformideen, aber auch durch ihre Tätigkeit im Zeitungswesen. Ferner dominierten Forty-Eighters das deutschamerikanische Vereins- und Kulturleben und förderten so die Bildung einer deutschamerikanischen Identität.

Bildungswesen

Im Bildungsbereich reichte der Einfluss der Forty-Eighters über das deutschamerikanische Umfeld hinaus. So engagierten sich einzelne Forty-Eighters in der frühkindlichen Bildung, wo sie die Reformideen und Publikationen insbesondere von Friedrich Fröbel in die USA transferieren wollten. Das Interesse – auch von Frauen – an Kindergärten war mit der Revolution 1848 stärker geworden. Gerade nach dem Verbot von Kindergärten in Preußen in den 1850er Jahren plädierten Forty-Eighters in den USA für frühkindliche Förderung durch Spielen statt durch Disziplin und Gehorsam.¹³ So gründete Margarethe Schurz, die Frau von Carl Schurz, 1856 den ersten privaten Kindergarten der USA in Watertown, Wisconsin. Der erste öffentliche Kindergarten entstand auf Initiative des Forty-Eighters Adolf Douai 1859 in Boston, der 1871 auch ein englischsprachiges Lehrbuch für frühkindliche Bildung publizierte. Dennoch weisen einige Forscher*innen darauf hin, dass von einem Ideenaustausch auszugehen sei statt von einem entscheidenden Einfluss von Deutschamerikaner*innen auf die Gründung von Kindergärten in den USA.¹⁴

Einen starken Einfluss übten Forty-Eighters auf das deutschamerikanische Schulwesen aus. Viele von ihnen waren Lehrer*innen, die – aufgrund fehlender Englischkenntnisse – in deutschsprachigen Schulen tätig wurden. Auch im Schulwesen wünschten sich Forty-Eighters, dass der Unterricht mehr auf die Kinder eingehen sollte. Sie plädierten für Diskussionen statt für Auswendiglernen, für die (Aus-)Bildung freier Bürger*innen und für Musik-, Zeichen- und Turnunterricht über das Lernen von Schreiben, Lesen und

¹³ Vgl. Ann Taylor Allen, *American and German Women in the Kindergarten Movement, 1850–1914*, in: Henry Geitz/Jürgen Heideking/Jürgen Herbst (Hrsg.), *German Influences on Education in the United States to 1917*, Cambridge 1995, S. 85–102.

¹⁴ Vgl. z. B. Karl-Heinz Günther, *Interdependence Between Democratic Pedagogy in Germany and the Development of Education in the United States in the Nineteenth Century*, in: Geitz/Heideking/Herbst (Anm. 13), S. 43–56, hier S. 44.

Rechnen hinaus. Zudem sollte neben Englisch auch Deutsch Unterrichtssprache sein. Gleichzeitig sollten Schulen frei von kirchlichem Einfluss sein. Daher gründete das Ehepaar Struve in New York mit dem freireligiösen, freidenkerischen Forty-Eighter Anton Fuster 1849 die Freie Deutsche Schule. In New York etablierte zudem der Forty-Eighter Rudolf Dulon 1853 eine deutsche Reformschule, an der auch sein Schwiegersohn Franz Sigel unterrichtete. Adolf Douai war bei Schulreformprojekten in Texas und New York aktiv. Der Forty-Eighter Karl Heinzen schrieb Statuten für den Deutsch-Englischen Schulverein in Boston, in denen er unter anderem für die Aufnahme von Kindern aller Nationalitäten und für das gemeinsame Unterrichten von Jungen und Mädchen eintrat.

In Milwaukee gründete sich 1851 die Deutsch-Englische Akademie nach dem Vorbild einer deutschen Realschule, ihr Leiter wurde der Forty-Eighter Peter Engelmann. Die Schule wuchs bis in die 1860er Jahre, und fünf weitere deutsch-englische Schulen wurden etabliert. Dennoch besuchten 1865 in Milwaukee rund 9000 Kinder öffentliche US-amerikanische Schulen, 3000 kirchliche Schulen und nur etwa 1100 eine deutsch-englische Schule.¹⁵ Mathilde Franziska Anneke gründete 1865 das Milwaukee Töchter-Institut, das eine gleichberechtigte Erziehung für Mädchen auch in Physik und anderen Naturwissenschaften bot. Zudem glaubte Anneke, in Anlehnung an Fröbel, an Lernen durch selbstständiges Denken. Die Schule genoss einen exzellenten Ruf, war aber wirtschaftlich nicht sehr erfolgreich.

In noch jungen Staaten wie Wisconsin fehlten neben Schulen und Lehrmaterial auch Lehrer*innen. Da es nicht genügend gut ausgebildete Lehrer*innen gab, die auf Deutsch und auf Englisch unterrichten konnten, wirkten Forty-Eighters bei der Gründung eines Deutsch-Amerikanischen Lehrervereins mit. Dieser gründete nach zehn Jahren Vorbereitung 1878 in Milwaukee das Nationale Deutsch-Amerikanische Lehrerseminar, das eine zweisprachige „naturgemäße“ Ausbildung freier Bürger*innen vertrat.¹⁶

15 Vgl. Anke Ortlepp, „Auf denn, Ihr Schwestern!“ Deutsch-amerikanische Frauenvereine in Milwaukee, Wisconsin, 1844–1914, Stuttgart 2004, S. 135.

16 Zit. nach Juliane Jacobi, Schoolmarm, Volkserzieher, Kantor, and Schulschwester. German Teachers Among Immigrants During the Second Half of the Nineteenth Century, in: Geitz/Heideking/Herbst (Anm. 13), S. 115–128, hier S. 119.



Mathilde Franziska Anneke, circa 1840

Quelle: Archiv der deutschen Frauenbewegung

allerdings in den ersten zehn Jahren nur 36 Lehrer*innen ausbildete.¹⁷ Das Seminar, das bald zu einer Schule wurde, veröffentlichte von den 1870er bis zu den 1890er Jahren die „Amerikanische Schulzeitung“, durch die Reformideen im US-amerikanischen Schulwesen bekannt gemacht werden sollten. Auch in anderen Städten mit großer deutscher Bevölkerung bildeten sich Lehrerseminare und -vereine. Reformpädagogik dominierte in deutschamerikanischen Schulen, solange Forty-Eighters dort aktiv waren. Allerdings waren deutsche Reformideen auch schon vor der Ankunft der deutschen Achtundvierziger bekannt gewesen, und deutschamerikanische und andere Pädagogen arbeiteten gemeinsam an einer Verbesserung des amerikanischen Schulsystems.¹⁸

17 Vgl. ebd., S. 120.

18 Vgl. Bettina Goldberg, The Forty-Eighters and the School System in America. The Theory and Practice of Reform, in: Brancaforte (Anm. 5), S. 203–218.

Zeitungswesen

Die meisten bekannteren Forty-Eighters waren im Journalismus tätig.¹⁹ Einerseits gründeten manche von ihnen einflussreiche deutschamerikanische Zeitungen, so Carl Schnauffer den „Wecker“ in Baltimore und Heinrich Börnstein den „Anzeiger des Westens“ in St. Louis. Andererseits machten Forty-Eighers existierende Zeitungen durch ihre Herausgeberschaft auflagenstärker, wozu allerdings auch die einwanderungsbedingt wachsende Leserschaft beitrug. Zu nennen wären hier Lorenz Brentano und Georg Schneider für die „Illinois Staats-Zeitung“, Friedrich Lexow für die „New Yorker Criminal-Zeitung“, der er den Zusatz „und Belletristisches Journal“ hinzufügte, sowie Oswald Ottendorfer für die „New Yorker Staats-Zeitung“ – eine der wenigen Zeitungen, die der Demokratischen Partei nahe stand. Adolf Douai war an der Herausgeberschaft mehrerer größerer sozialistischer Zeitungen beteiligt, so der „New Yorker Volkszeitung“.

Bemerkenswert sind die Aktivitäten von zwei Frauen im publizistischen Bereich: Mathilde Franziska Anneke und Amalie Struve. Beide waren an der Revolution von 1848 beteiligt gewesen und mit ihren Ehemännern in die USA ausgewandert. Beide veröffentlichten sowohl Artikel in Zeitungen als auch selbstständige Schriften und setzten sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein.

Vereinswesen

Im deutschamerikanischen gesellschaftlichen Leben engagierten sich Forty-Eighters vor allem bei der Gründung von Turnvereinen, Männerchören und in der Organisation der ersten größeren deutschamerikanischen Feste. Einerseits trugen sie aufgrund ihrer teils „radikaleren“ Gesinnung zur Fragmentierung der Deutschamerikaner*innen bei. Andererseits begannen sie aber, „die“ deutschen Einwander*innen zu vereinen, die sich in regionaler und staatlicher Herkunft, sozialer Schicht, Religion, Geschlecht oder Generation unterschieden.

Die ersten deutschamerikanischen Turnvereine wurden zwischen 1848 und 1852 gegründet, häufig auf Initiative von Forty-Eighters. Friedrich Hecker und Wilhelm Rothacker waren einflussreich bei der Gründung des Turnvereins in Cincinnati; August Willich, Hans Ba-

latka, Peter Engelmann, Christian Esselen und Heinrich Loose in Milwaukee; Franz Sigel, Gustav Struve, Germain Metternich und Sigmund Kaufmann in New York. Forty-Eighters – Akademiker und Handwerker – dominierten auch den 1850 gegründeten Dachverband der Turner, den Nordamerikanischen Turnerbund, 1851 bis 1865 unter dem Namen „Socialistischer Turnerbund“. Dieser versuchte anfangs, eine politische Vereinigung Deutschlands finanziell zu unterstützen, wandte sich jedoch ab 1852 verstärkt US-amerikanischen Themen zu, insbesondere dem Kampf gegen die Sklaverei. Zudem befürworteten Turnvereine die Direktwahl von Präsident und Senat, Arbeitsschutzgesetze, frei zugängliche Bildung, günstiges Land für Siedler*innen und eine Reform des öffentlichen Dienstes. Wie im Deutschen Bund wollten die Turner starke, gesunde, freie und kampfbereite nun US-amerikanische Bürger ausbilden, zugleich jedoch deutsche Traditionen erhalten und Deutschamerikaner*innen vereinigen. Der Turnerbund veranstaltete regelmäßig nationale Feste, an denen prominente Forty-Eighters teilnahmen, beispielsweise Gustav Struve und Gottfried Kinkel in Philadelphia 1851 oder abermals Gustav Struve, August Willich, Wilhelm Rothacker, Friedrich Hecker, Fritz Anneke und Wilhelm Weitling in Cincinnati 1852. Diese erinnerten in ihren Reden an die Revolution von 1848 als Vorbild für das Streben nach Freiheit in Deutschland und den USA sowie für die Einung von Turnern und allen Deutschamerikaner*innen. In rund 60 Städten wurde Turnunterricht nach deutschem Vorbild in den öffentlichen Schulen eingeführt. Nach dem Bürgerkrieg sank die Bedeutung der Forty-Eighters in den Turnvereinen.

Die Ankunft der deutschen Achtundvierziger und die Masseneinwanderung in die USA in den 1850er Jahren führten ebenfalls zum Wachstum deutschamerikanischer Männerchöre, die seit den späten 1830er Jahren entstanden waren. Aufgrund der Gründung vieler neuer Chöre und durch die Initiative von Forty-Eighters wurden ab 1849 regionale Sängerbünde organisiert, so im Mittleren Westen, Nordosten oder an der Pazifikküste. Diese feierten regelmäßige große Feste, auf denen wiederum Forty-Eighters Reden hielten, etwa Metternich, der Freidenker Friedrich Schünemann-Pott, der Journalist August Thieme, der Rechtsanwalt und

¹⁹ Vgl. Zucker (Anm. 10), S. 270.

Politiker Friedrich Kapp oder der Arzt Christian Fessel. Die Redner betonten ihre drei ethnischen Identitäten: deutsch, deutschamerikanisch und US-amerikanisch. Einerseits drückten sie ihre Hoffnung für einen fortdauernden Kampf um Freiheit in Deutschland aus. Andererseits lobten sie die USA als Ort der Freiheit, an dem Deutschamerikaner*innen als Vermittler*innen zwischen den beiden Ländern die Freiheit voranbringen würden, nicht zuletzt durch einen stärkeren Zusammenhalt unter Deutschamerikaner*innen. Deutschamerikanische Männerchöre machten das US-amerikanische Publikum in ihren Konzerten und Festen mit europäischer und speziell deutscher Choral- und Symphonieliteratur bekannt. Forty-Eighters waren auch bei der Gründung von Orchestern beziehungsweise Operngesellschaften aktiv, wie Hans Balatka in Milwaukee oder Carl Bergmann, Carl Anschutz und Carl Zerrahn in New York.

Fest- und Erinnerungskultur

Forty-Eighters organisierten in Städten mit größerer deutschamerikanischer Bevölkerung auch Feierlichkeiten zur Ehrung von deutschen und deutschamerikanischen Personen, die als Vorbilder für die Einung der Deutschamerikaner*innen gelten und für eine Anerkennung der deutschamerikanischen Migrant*innen in den USA sorgen sollten. So waren Hans Balatka, Christian Fessel oder Carl Schurz bei den Feiern anlässlich Friedrich von Schillers 100. Geburtstag 1859 und Alexander von Humboldts Tod 1859 beziehungsweise seines 100. Geburtstags 1869 aktiv. Schiller und Humboldt galten wegen ihres Eintretens für Freiheit, aber auch wegen ihres Einsatzes für die deutsche Sprache, als ideale Symbole für die Vereinigung Deutschlands und des „deutschen Amerikas“. Die Feiern hatten auch längerfristige Folgen, so in Form eines Festspiels von Germain Metternich über Schillers Geburt, einer Schiller-Statue im New Yorker Central Park oder der Gründung der deutsch-englischen Schule in San Antonio, die vom Forty-Eighter Julius Berends geleitet wurde. Versuche von Forty-Eighters wie Carl Schurz, Anton Füster oder Oswald Ottendorfer, mit General Friedrich von Steuben einen Deutschamerikaner zu ehren, verliefen weniger erfolgreich.

1848 und die Forty-Eighters blieben innerhalb der deutschamerikanischen Gemeinschaft lange wichtig. Zu größeren Jahrestagen erinnerte

man feierlich an die Revolution von 1848. Zugleich verschob sich das Augenmerk vom Kampf um Freiheit und Einheit in Deutschland allmählich auf den Kampf der Forty-Eighters gegen die Sklaverei in den USA. Insbesondere die Turner gedachten ihres Engagements im Bürgerkrieg. Bei der Errichtung von Denkmälern für bekannte Forty-Eighters wie Friedrich Hecker in Cincinnati und St. Louis oder für Franz Sigel in St. Louis und New York vermischten sich Erinnerungen an die Leistungen der Forty-Eighters für die Freiheit in Deutschland und den USA zu einem deutsch-amerikanischen kulturellen Gedächtnis. In den Feiern zu den Denkmalsenthüllungen kamen deutschamerikanische Vereine zusammen. Gleichzeitig erhielten die Forty-Eighters und die Deutschamerikaner*innen Anerkennung für ihre Leistungen durch die Anwesenheit von Angloamerikaner*innen bei den Feiern und Reden bekannter US-amerikanischer Politiker. Dies galt insbesondere für Carl Schurz, den bekanntesten Forty-Eighter, der sowohl zu Lebzeiten, so zu seinem 70. Geburtstag, als auch nach seinem Tod geehrt wurde. Zu einer Gedenkveranstaltung 1906 kamen der deutsche Botschafter und ein ehemaliger US-Präsident, zur Einweihung eines Denkmals in New York 1913 der deutsche und ein ehemaliger US-amerikanischer Botschafter in Deutschland, ebenso wie der deutschamerikanische Kongressabgeordnete Richard Bartholdt, um Schurz als Bürger zweier Welten und als Vorbild zu ehren.²⁰

FAZIT

Die Forty-Eighters waren eine verhältnismäßig kleine Gruppe von deutschen Migrant*innen in der Zeit der beginnenden Massenmigration in die USA. Sie übten jedoch aufgrund ihres vielfältigen Engagements einen über ihre numerische Zahl hinausgehenden Einfluss auf Deutschamerikaner*innen, auf die USA insgesamt und indirekt auch auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus. Sie wurden selbst Teil des deutschamerikanischen Gedächtnisses.

Die in die Vereinigten Staaten geflüchteten Forty-Eighters halfen beim Aufbau einer deutschamerikanischen Wählerbasis für die Republikanische Partei und trugen zur Formierung von Gewerkschaften und sozialistischen

²⁰ Vgl. Bungert (Anm. 2).



Feierliche Einweihung des Denkmals für Carl Schurz im New Yorker Stadtteil Manhattan am 24. Juni 1913

Quelle: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Parteien bei. Zudem kämpften sie im Amerikanischen Bürgerkrieg für die Union und gegen die Sklaverei. In ihrem deutschamerikanischen Umfeld waren Forty-Eighters an der Gründung und Weiterentwicklung von Schulen, Zeitungen, Männerchören und Turnvereinen beteiligt, engagierten sich bei Sänger- und Turnfesten und stießen Feiern zu Ehren deutscher und deutschamerikanischer „Kulturhelden“ an. Dadurch trugen sie maßgeblich zur Schaffung einer deutschamerikanischen Ethnizität bei und beeinflussten auch das kulturelle und gesellschaftliche Leben in den USA, das sie, wie viele andere deutsche Migrant*innen (und Deutsche) durch den Import deutscher „Kultur“ „kultivieren“ wollten. Schließlich wurden die revolutionär-freiheitlichen Traditionen der Forty-Eighters nach ihrem Tod als „erfundene Traditionen“ benutzt, um Deutschamerikaner*innen als gute Bürger der Vereinigten Staaten darzustellen und eine ange-

messene Position für sie in der angloamerikanischen Gesellschaft zu fordern.

HEIKE BUNGERT

ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Nordamerikanischen Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

heike.bungert@uni-muenster.de

DEMOKRATIESTÄRKUNG DURCH DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Beispiel 1848/49

Michael Parak

Der Deutsche Bundestag hat am 9. Juni 2021 ein Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ beschlossen. Der Hauptauftrag ist natürlich die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte. Diese hat einen Eigenwert: Ereignisse, Orte und Personen, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren, gehören in den „Erinnerungsspeicher“ der Bundesrepublik. Das gilt etwa für das Revolutionsgeschehen von 1848/49, das sich 2023 zum 175. Mal jährt. Darüber hinaus ist es auch ein Stück gesellschaftlicher Teilhabe, über bestimmte Aspekte der Geschichte Bescheid zu wissen. Nur wer hier über ein gewisses Grundwissen verfügt, wird gesellschaftliche Debatten verstehen und sich in sie einbringen können.

Im Rahmenkonzept der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Stiftung wird noch ein weiterer Gegenwartsbezug deutlich: die Stärkung der Demokratie durch die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte. „[Es] stärkt (...) die Kräfte der Zivilgesellschaft und damit auch die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, wenn wir die Chance nutzen, nicht nur am Ringen mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen und dies verstärkt öffentlich darzustellen. Die Erinnerung an demokratische Sternstunden und Hoffnungsträger, an Momente, in denen demokratische Werte den Sieg davontrugen, und an Menschen, deren Mut, Zuversicht und Weitsicht diesen Siegen den Weg ebneten, erlaubt uns, Handlungsspielräume zu erkennen und Gefühle der Ohnmacht zu überwinden.“⁰¹

Im Folgenden soll vor dem Hintergrund des Jahrestages der Revolution von 1848/49 skizziert werden, an welchen Stellen historisch-politische Bildung mit dem Lerngegenstand Demokratiegeschichte das Geschichtsbewusstsein festigen

und damit auch zur Stärkung der Demokratie in Deutschland beitragen kann.⁰² Denn Jubiläen sind ein guter Anlass, ein scheinbar bekanntes Thema neu zu befragen

Vorneweg sei bemerkt: Die oftmals in politischen Reden geäußerte Hoffnung, dass ein direkter Weg von geschichtlichem Wissen zu aktivem Handeln in der und für die Demokratie führen würde, kann in dieser Absolutheit nicht geteilt werden. Wohl aber erfüllt historisch-politische Bildung eine wichtige Funktion, die die Kultusministerkonferenz zusammenfasst: „Indem der Geschichtsunterricht vergangene Ereignisse und Strukturen aufzeigt und sie auf die Bedingungen ihres Werdens und Wirkens zurückführt, macht er modellhaft Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns deutlich und verweist auch auf in der Vergangenheit nicht realisierte Handlungsalternativen. (...) Das Fach vermittelt so als anthropologisches Erfahrungsfeld Einsicht in die Bedingtheit menschlicher Existenz und fördert die Selbsterkenntnis der Schülerinnen und Schüler. Es stärkt die Fähigkeit zur Empathie, bietet die Möglichkeit zur Identifikation mit vorbildhaften Personen, vermittelt ebenso aber auch die Fähigkeit zur kritischen Distanz.“⁰³

DEMOKRATIEVORSTELLUNGEN IM WANDEL

Der Historiker Paul Nolte beschreibt Demokratie als Rahmen für die Regelung der Herrschaft des Volkes und arbeitet dabei einen „Kernbestand“ heraus, macht zugleich aber auch deutlich, dass sich die Vorstellungen von Demokratie in unterschiedlichen Zeiten und Kontexten jeweils gewandelt haben:⁰⁴ „Die Ideen und Grundprinzipien gleicher Freiheit, freier Regierung und freier Lebensführung haben sich als er-

staunlich dauerhaft erwiesen, über allen gesellschaftlichen Wandel hinweg, und in sehr unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Trotzdem muss man sich hüten, darin so etwas wie anthropologische Universalien, also Grundbedingungen der menschlichen Existenz überhaupt, zu sehen.“⁰⁵

Der diachrone Blick in die Demokratiegeschichte sowie der synchrone Vergleich unterschiedlicher aktueller Demokratievorstellungen in verschiedenen Ländern zeigen, dass es „die Demokratie“ nicht gibt, sondern ein breites Spektrum legitimer Lesarten von Demokratie.

Es kann durchaus produktiv sein, sich die Veränderbarkeit von Demokratievorstellungen stärker ins Bewusstsein zu rufen. Ging es 1848/49 um das erste deutsche Parlament auf nationaler Ebene, hat sich heute das Verständnis hin zu einer „vielfältigen Demokratie“ weiterentwickelt. Dazu werden nicht nur Entscheidungen im politischen System, sondern auch unterschiedliche demokratische Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen gezählt: Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen; direktdemokratische Formen; dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen; Proteste, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen; bürgerschaftliches Engagement.⁰⁶ Aktuell werden darüber hinaus Fragen von Repräsentativität diskutiert, insbesondere die Forderung, „marginalisierte Gruppen durch Proporz oder Quoten an gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen zu beteiligen und in die demokratische Interessensartikulation und Entscheidungsfindung einzubeziehen“.⁰⁷

01 Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte, www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1888580/2c893225f6604d90eca888c58173d29d/2021-04-12-bkm-rahmenkonzept-ortederdemokratiegeschichte-data.pdf?download=1.

02 Der Beitrag basiert wesentlich auf einem Vortrag bei der Auftakttagung des Jubiläumsnetzwerks 1848/49 am 4./5. November 2021 in Rastatt, veröffentlicht unter Michael Parak, Warum heute an 1848/49 erinnern?, in: Susanne Kitschun/Elisabeth Thalhofer (Hrsg.), Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?, Berlin 2021, S. 27–37.

03 Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Geschichte, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1. 12. 1989 i. d. F. vom 10. 2. 2005, S. 3, www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1989/1989_12_01-EPA-Geschichte.pdf.

Demokratiegeschichte hilft zu verstehen, dass sich Vorstellungen von Demokratie in den jeweiligen zeitlichen Kontexten immer wieder verändert haben. Das Wissen um das Vorhandensein eines Grundstocks an freiheitlich-demokratischen Gemeinsamkeiten kann eine klare Abgrenzung zu jenen erleichtern, die dagegen ankämpfen, dass Menschen- und Bürgerrechte für alle gelten. So gibt es Rechtspopulisten und -extremisten, die die „Herrschaft des Volkes“ in ihrem Denken und Handeln an einen ethnisch definierten Volksbegriff binden.

Zugleich kann das Bewusstsein, dass es in der Vergangenheit unterschiedliche, zeitgebundene Verständnisse von Demokratie gab, dabei helfen, mit unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie in der Gegenwart umzugehen. Der Verfassungsrahmen der Bundesrepublik ermöglicht, dass die unterschiedlichsten Ideen um gesellschaftliche Akzeptanz werben können, sofern sie Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaats akzeptieren. Hierzu gehören etwa Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Volkssouveränität.

Die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte setzt Fragezeichen hinter Absolutheitsansprüche einzelner Demokratievorstellungen. Sie macht deutlich, dass Demokratie immer in Entwicklung begriffen ist. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung, die Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist, fixiert werden. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis sind aber veränderbar. Demokratie zu leben, bedeutet stets, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird. Dieses Ringen können diejenigen konstruktiver angehen, die ihr demokratisches Selbstverständnis und dessen historische Wurzeln reflektiert haben – auch in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Auffassungen.

04 Vgl. dazu auch Peter Massing/Gottfried Breit/Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen*, Schwalbach/Ts. 2017?

05 Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 22 f.

06 Vgl. Roland Roth, *Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement*, in: Steve Kerner/Dirk Lange (Hrsg.), *Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung*, Frankfurt/M. 2018, S. 229–243, hier S. 230–233.

07 Naika Foroutan, *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld 2019, S. 29.

KONTEXTBEWUSSTSEIN

Bei den vielen gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen rückt schnell in den Hintergrund, dass das Eintreten für demokratische Werte weltweit unter anderen Rahmenbedingungen erfolgt. Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob Demokratinnen und Demokraten sich in einem System für ihre Werte engagieren, das Grundrechte und politische Partizipation garantiert, oder in einer Gesellschaftsordnung, die auf diejenigen, die für demokratische Werte eintreten, mit Zwangsmaßnahmen antwortet. Demokratiegeschichte besteht zu großen Teilen aus dem Kampf von Demokratinnen und Demokraten gegen äußere Widerstände. Zugleich erzählt sie aber auch davon, wie Demokratie etabliert, in einem Rechtsstaat gelebt und weiterentwickelt werden kann. Die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte kann entsprechend dabei helfen, sich unterschiedlicher Phasen der Demokratieentwicklung bewusst zu werden.⁰⁸

Demokratie erkämpfen

Demokratie ist nicht einfach da. Sie muss(te) erkämpft und etabliert werden. Die Idee der Volksherrschaft motiviert Menschen, sich für gleiche politische Rechte einzusetzen. Der Kampf für Demokratie in einer Autokratie oder Diktatur birgt viele Gefahren, weil er ein Kampf gegen Systeme ist, die nicht nur Freiheiten nicht garantieren, sondern auch diejenigen als Feinde markieren, die für Freiheiten eintreten. Der historische Prozess des Erkämpfens unserer Demokratie ist keineswegs eine lineare Erfolgsgeschichte. Vielmehr gibt es viele historische Momente, die von Rückschlägen und Scheitern geprägt sind – die aber ebenso Teil unserer Demokratiegeschichte sind.

Demokratie etablieren

Nach dem Überwinden eines autoritären Systems oder einer Diktatur geht es darum, eine Demokratie aufzubauen. Der Kampf gegen Un-

rechtsstaaten ist das Eine – der Aufbau von etwas Neuem, der Demokratie, das Andere. Eine demokratische Verfassung oder freie Wahlen schaffen die institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer im Kleinen die unterschiedlichsten Dinge neu geregelt werden müssen. Eine Demokratie aufzubauen, ist nichts Einfaches, zumal Menschen den Übergang gestalten müssen, denen die praktische Erfahrung fehlt: Sie sind teils selbst in Autokratien oder Diktaturen aufgewachsen – oder sie kommen aus dem Exil oder einem anderen Land.

Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln

Die Rahmenbedingungen in einer Demokratie unterscheiden sich fundamental von denen in einem autoritären Regime oder in einer Diktatur. In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt es elementare Prinzipien und Mechanismen, die das Zusammenleben regeln. Die Verfassungsnorm bedeutet aber nicht, dass all diese Prinzipien in Reinform verwirklicht werden. „Demokratie weiterentwickeln“ bedeutet deshalb, sich nicht auf dem Ist-Zustand auszuruhen, sondern das freiheitlich-demokratische System an veränderte Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Ansprüche anzupassen.

Demokratie verteidigen (und verlieren)

Dass die Staatsform Demokratie auf ewig Bestand hat und fortgeführt wird, ist kein Naturgesetz. Demokratie kann auch verloren gehen. Der demokratiegeschichtliche Blick auf Abwehrkampf und Verlust hält unterschiedliche Szenarien bereit: Der Kampf kann gelingen – Demokratien können aber auch untergehen.

Legt man diese verschiedenen Phasen der Demokratieentwicklung zugrunde, wird klar, dass eine einfache Übertragung des früheren Kampfes gegen Autokratien oder Diktaturen auf die heutigen Verhältnisse wohl kaum als direkter Beitrag zur Demokratiestärkung taugt. Umgangssprachlich reden wir auch heute oft vom „Kampf für die Demokratie“. Doch dieses – wenn auch anstrengende – Engagement findet in Deutschland und anderen freiheitlichen Ländern in einem demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat statt, also unter fundamental anderen Rahmenbedingungen und mit weniger

08 Diese sind ausführlicher dargestellt in: Annalena Baasch/ Michael Parak/Dennis Riffel (Hrsg.), *Demokratiegeschichte bloggen. Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*, Berlin 2020, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Demokratiegeschichten_bloggen.pdf.

dramatischen persönlichen Konsequenzen als in einer Diktatur.

Überspitzt gesagt, lernen wir aus der Auseinandersetzung mit 1848/49 nicht, wie wir uns in der heutigen Demokratie verhalten können und sollen, denn dafür sind die Zeitkontexte zu unterschiedlich. In der Bundesrepublik erfolgt demokratisches Engagement in all seiner Unterschiedlichkeit im Rahmen eines Staates, der Grundrechte garantiert und schützt.

Die deutsche Revolution von 1848/49 ist hingegen in der Phase „Demokratie erkämpfen“ der Demokratieentwicklung zu verorten. Die Beschäftigung mit dieser Zeit kann das Bewusstsein fördern, dass eine demokratische Verfassung und demokratische Teilhabe erst erkämpft werden müssen und dass dabei die Gefahr von Rückschlägen und Scheitern besteht. Denn der „Völkerfrühling“ von 1848/49 erreichte seine demokratischen Ziele nicht in Gänze. So steht diese Revolution auch für die Phase „Demokratie etablieren“ – in ihrem Scheitern.

Auch aus der jüngeren Zeit gibt es hierfür Beispiele. So gelang es beim „Arabischen Frühling“ 2011 letztlich nur in den wenigsten Fällen, Demokratien zu etablieren. In anderen Ländern verschlechterte sich die Lage für die Bürgerinnen und Bürger hingegen sogar weiter, bis hin zu einem Bürgerkrieg in Syrien mit bislang Hunderttausenden Toten. Deutlich wird dadurch nicht nur, wie schwer es ist, eine Revolution durchzuführen, sondern auch, wie schwierig es ist, eine Demokratie aufzubauen. Auch hier hilft Demokratiegeschichte beim Verständnis internationaler Entwicklungen in der Gegenwart.

Ferner kann die Beschäftigung mit der Geschichte von 1848/49 einen Beitrag zum Zusammenleben in der heutigen Migrationsgesellschaft leisten: Über die Erinnerung an Menschen, die für Demokratie eingetreten sind, ergeben sich Anknüpfungspunkte an Länder, die in der Vergangenheit oder Gegenwart nicht demokratisch verfasst waren, beziehungsweise es auch heute nicht sind, und damit auch an die Migrationsgeschichten von Menschen, die aus diesen Ländern kommen. Die Erinnerung an 1848/49 kann den Respekt vor dem Verhalten anderer Menschen in schwierigen Kontexten fördern. Sie sorgt möglicherweise für mehr Offenheit gegenüber den Lebensgeschichten von Menschen, die oder deren Familien aus autoritären Regimen oder Diktaturen

nach Deutschland gelangt sind. Und vielleicht führt sie auch zu einer gewissen Zufriedenheit und/oder Demut angesichts der politischen Rahmenbedingungen, die heute in Deutschland im Vergleich zur Vergangenheit oder zu anderen Ländern vorherrschen.

AUSWEITUNG POLITISCHER TEILHABE

Demokratie bedeutet „Herrschaft des Volkes“, die wesentlich in Form regelmäßig stattfindender Wahlen ausgeübt wird. Der Blick auf die Geschichte und Entwicklung von Demokratie zeigt, dass sich die Vorstellung darüber wandelt, wer eigentlich unter dem Begriff des „Volkes“ subsumiert wird. Demokratiegeschichte ist auch die Geschichte von Versuchen und Kämpfen, das Wahlrecht für breitere Bevölkerungsgruppen zu erlangen.

Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 war für die damalige Zeit etwas Außergewöhnliches, beruhte sie doch auf dem freien und gleichen Wahlrecht (fast) aller Männer. Sie ist damit ein früher Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte.⁰⁹ Zugleich blieb auch in der Folgezeit der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung in Deutschland gering. Erst die Etablierung der Weimarer Republik brachte einen entscheidenden Durchbruch: Die Einführung des Frauenwahlrechts 1919 machte das Wahlrecht „allgemein“. Nunmehr konnten sich 58,5 Prozent der deutschen Bevölkerung an den Reichstagswahlen beteiligen, statt 21,5 Prozent (1912).¹⁰ Zwar sind heute immer mehr Menschen im Besitz des Wahlrechts: Bei den Bundestagswahlen 2021 konnten 61,2 Millionen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgeben. Trotzdem dürfen nicht alle in Deutschland lebenden Menschen auf nationaler Ebene wählen. Wahlberechtigt sind in der Bundesrepublik aktuell Menschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die

⁰⁹ Vgl. Nolte (Anm. 5), S. 96.

¹⁰ Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1060334/umfrage/anteil-der-wahlberechtigten-an-der-gesamtbevoelkerung-in-deutschland> sowie dazu und im Folgenden auch Michael Parak, *Wer darf wählen und wer nicht? Wahlberechtigte bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag*, in: Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (Hrsg.), *Migrationsgesellschaft how? Eine Anleitung der Zivilgesellschaft für mehr Repräsentanz und Teilhabe*, Berlin 2021, S. 22–31.

deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, das entspricht aktuell 73,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Doch die Zusammensetzung der Bevölkerung ändert sich, und immer mehr Menschen sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, da sie keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen: 1925 waren nur 1,5 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen davon betroffen, 1998 jedoch 8,6 und 2021 13,1 Prozent.¹¹

Die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte akzentuiert die Perspektive der Wahlrechtsausweitung, die erkämpft und weiterentwickelt wurde. Zugleich zeigt sie auch die Langwierigkeit von Veränderungsprozessen: Vom Wahlrecht 1848/49 hin zu den heutigen Regelungen war es ein weiter Weg. Sich wichtiger Etappen bewusst zu werden, heißt, nicht zu verdrängen, dass noch nicht alle Menschen zum jeweiligen Zeitpunkt wahlberechtigt waren, aber anzuerkennen, dass es sich um bedeutende (Zwischen-)Schritte handelte.

Demokratiegeschichte macht greifbar, dass die Ausgestaltung des „allgemeinen Wahlrechts“ kein Naturgesetz ist, sondern Gegenstand von Aushandlungsprozessen, durch die es gelingen kann, mehr Menschen politische Rechte zu ermöglichen als in der Vergangenheit. Sie vermittelt ein Bewusstsein dafür, dass Regelungen in demokratischen Prozessen verändert werden können und gesellschaftliche Veränderungen dabei neue Anforderungen an das politische System stellen und Weiterentwicklungen erforderlich machen.

HANDLUNGSOPTIONEN UND VERÄNDERUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Auseinandersetzung mit Geschichte zeigt: Veränderung ist möglich, sowohl im Guten wie im Schlechten. Hierbei kann das konkrete Handeln von Individuen den entscheidenden Unterschied machen. Demokratiegeschichte veranschaulicht einen großen Fundus von Handlungen für die Demokratie, die in der Vergangenheit zum Einsatz kamen.

Lohnenswert ist, sich stärker der Frage zu widmen, welche Verhaltensweisen in einer Demokratie überhaupt als wünschenswert oder gar als vorbildlich angesehen werden. Dies geschieht

¹¹ Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14271/umfrage/deutschland-anteil-auslaender-an-bevoelkerung>.

oftmals nicht, weil es eine gewisse Scheu gibt, dass dies zu einer normativen Verengung und Reglementierung führen könnte.¹² Gleichzeitig wird historisch-politische Bildung nicht an dieser Frage vorbeikommen. Natürlich kann aus der Demokratiegeschichte kein abschließender Kriterienkatalog für wünschenswertes Verhalten in einer und für die Demokratie abgeleitet werden. Wohl aber kann sie anregen, darüber nachzudenken, welche unterschiedlichen und vielfältigen Verhaltensweisen in der Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform förderlich sein können.

Ein entsprechender Versuch wird in der Publikation „Vorbilder der Demokratiegeschichte“ unternommen.¹³ Hier werden für die Phase „Demokratie erkämpfen“ unter anderem zwei beispielhafte Handlungen des Demokraten und Publizisten Robert Blum (1807–1848) während der Revolution von 1848/49 vorgestellt.

Zum einen wird der 18. September 1848 beschrieben, als es in Frankfurt am Main nach der Billigung des Waffenstillstands im preußisch-dänischen Krieg durch die Mehrheit der Paulskirchenabgeordneten zu einem Aufstand gegen das Parlament kam und beide Seiten bereit waren, der Gewalt freien Lauf zu lassen. Robert Blum blieb in dieser Situation dem Parlamentarismus und der friedlichen Debatte treu und warf sein politisches Gewicht als Abgeordneter in die Waagschale, um aufgebrachte Bürger zu beruhigen und davon zu überzeugen, dass Gewalt nicht der richtige Weg sei. Hier stand Blum wie auch bei anderen Gelegenheiten im Laufe seiner politischen Karriere für die Suche nach einem Kompromiss. Sein damaliges Verhalten kann auch eine Orientierung für die Gegenwart geben: „Einen Ausgleich zwischen verschiedenen politischen Meinungen zu finden, ist in einer Demokratie die Regel, da sich in den seltensten Fällen eine absolute Mehrheit hinter einer ganz bestimmten Meinung versammelt. Derarti-

¹² Vgl. Bernd Faulenbach, Zu Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit, in: Lars Lüdicke (Hrsg.), *Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit*, Berlin 2022, S. 15–29, hier S. 17.

¹³ Vgl. Michael Parak/Ulli Engst (Hrsg.), *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beindrucken und Orientierung geben können*, Berlin 2022, www.gegen-vergessen.de/startseite/news-detailseite/article/vorbilder-der-demokratiegeschichte.

ge Kompromisse zu finden, ist aber häufig langwierig und kräftezehrend (...) Sich im Gespräch die Argumente der Gegenseite anzuhören und mit Worten für die eigene Meinung zu werben, ist anstrengend.“¹⁴

Zum anderen wird dargestellt, wie Robert Blum Ende Oktober 1848 in den Straßen Wiens selbst militärisch Widerstand gegen Angriffe habsburgischer Soldaten leistete. Er hatte realisieren müssen, dass die Gegner der Revolution nicht daran interessiert waren, sich mit den Revolutionären und ihren Forderungen auseinanderzusetzen. Die Gegenrevolution setzte auf die umfassende Niederschlagung der Bewegung durch das Militär. Auch hierzu gibt es Gegenwartsbezüge. Es ist schwierig bis unmöglich, mit jemandem zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen, der nicht bereit ist, auch nur die kleinste Menge an Macht abzugeben: „Überzeugte Feinde der Demokratie aber werden die ihnen entgegengestreckte Hand immer und immer wieder wegschlagen. Für sie gilt einzig und allein das Prinzip ‚Alles oder nichts‘.“¹⁵

Schon anhand dieser beiden Beispiele wird deutlich, dass die Handlungsoptionen vielfältig sind – und durchaus auch gegensätzlich. So gibt es auf der einen Seite Beispiele von Kompromissbereitschaft, auf der anderen Seite aber auch Fälle, in denen die eigene Überzeugung mit Rigidität gegen äußere Widerstände durchgesetzt wurde. Besonderes Verhalten in einer und für die Demokratie ist eben immer auch situations-, zeit- und kontextabhängig. Es gibt nicht „die“ Verhaltensweise als Patentrezept, das immer und in allen Fällen greifen kann. Vielmehr gibt es ein sehr vielfältiges, breites und teils widersprüchliches Spektrum an Aktionsmöglichkeiten, die in unterschiedlichen Kontexten zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Auf die Frage, welche Herangehensweise die Demokratie heute am besten stärken würde, kann Demokratiegeschichte leider keine Antwort geben. Denn die Eins-zu-eins-Übernahme von Vorangegangenem scheint kaum geeignet, eine

Lösung für Gegenwärtiges zu bieten. Demokratiegeschichte kann aber beim Abwägen und Bedenken helfen.

Demokratie ist anstrengend. Auf die Frage, woher wir Kraft und Ansporn dafür erhalten, uns zu engagieren, kann eine Antwort lauten: aus dem Wissen, dass Einzelne etwas bewegen können. Viele Beispiele aus der Demokratiegeschichte zeigen das breite Spektrum von Handlungsoptionen und Veränderungsmöglichkeiten in einer Demokratie auf. Und natürlich können und müssen auch weitere, neue Aktionsformen hinzukommen, die es in der Vergangenheit noch nicht gab.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte als Teil der historisch-politischen Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, Handlungsspielräume zu erkennen und Gefühle der Ohnmacht zu überwinden.¹⁶ Sie kann dabei helfen, dass Bürgerinnen und Bürger sich für eine Stärkung der Demokratie in Deutschland einbringen – im Bewusstsein, dass demokratische Werte in der Vergangenheit erkämpft werden mussten und auch heute keine Selbstverständlichkeit sind; mit der Zuversicht, dass demokratische Entwicklung gelingen kann; und als Ansporn, Demokratie zu leben, weiterzuentwickeln und, wenn notwendig, auch zu verteidigen.

In diesem Sinne agiert auch die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“, in der sich mittlerweile mehr als 94 Orte und Einrichtungen, die sich um das Thema Demokratiegeschichte bemühen, mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, „Demokratie zu stärken durch die Auseinandersetzung mit der Demokratie- und Freiheitsgeschichte. Dies soll lokal, regional, auf Ebene der Länder, wie auch bundesweit, europäisch und international geschehen. Die Erinnerungsarbeit zu den vielfältigen demokratischen Traditionen ermöglicht jeder und jedem, unabhängig von der Herkunft, eine bessere Orientierung in unserer Gesellschaft.“¹⁷

¹⁴ Ebd. S. 43.

¹⁵ Ebd., S. 47f.

¹⁶ Siehe dazu auch www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratiegeschichte.

¹⁷ Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“, Stellungnahme des SprecherInnenrates, 18.5.2021, www.demokratie-geschichte.de/index.php/4238/orte-der-demokratiegeschichte-gegen-rechtspopulistische-vereinnahmung.

MICHAEL PARAK

ist promovierter Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
info@gegen-vergessen.de

Immer in Mode

Die Informationen zur politischen Bildung, genannt die „schwarzen Hefte“, gibt es bereits seit 70 Jahren. Ein zeitloser Klassiker, der immer wieder neue Leser*innen findet.

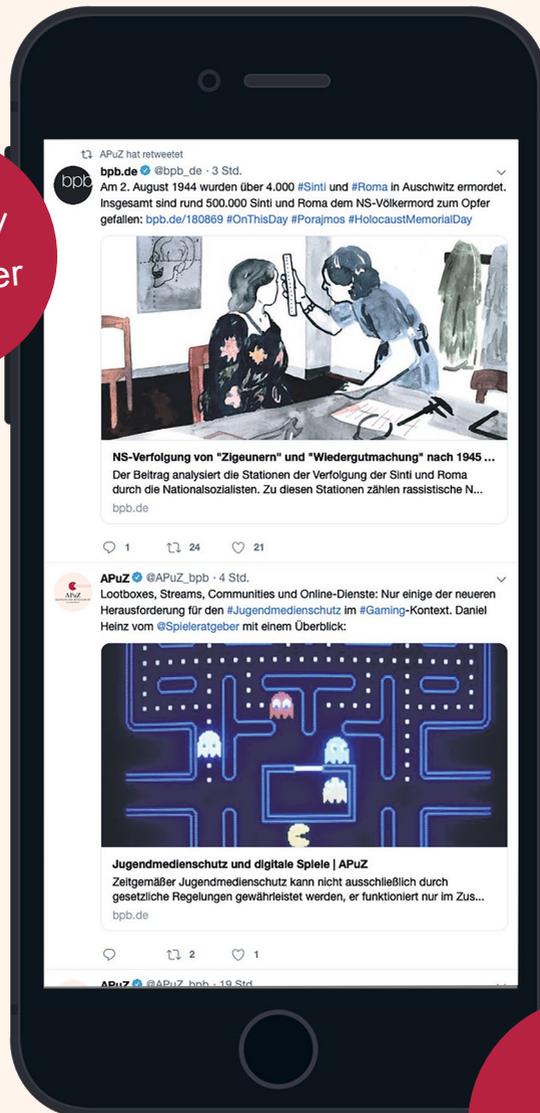


Mehr erfahren unter
www.bpb.de/shop/



Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns auf Twitter!



Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. Februar 2023

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
10–11/2023, 6. März 2023

KRIEG IN DER UKRAINE



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz